

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 1/4, und durch Adressanten zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.90, wo keine Post am Orte 2.75.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Einzelnummern werden für die einjährige Kolonialliste oder deren Raum 20 Pf. Auswärtige Inserate 40 Pf. Liniensatz unter Text 1 Pf. Inserate für Anzeigen 15 Pf. Auswärtige 25 Pf. Vereins-Veranstaltungen-Anzeigen 15 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen 2.1 Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 107.

Breslau, Donnerstag, den 9. Mai 1912.

23. Jahrgang.

Der Frauentag

am kommenden

Sonntag, den 12. Mai 1912

muss zu einer

großen Kundgebung

der Proletarierinnen werden.

Darum werbt an allen Orten für guten Versammlungsbesuch!

Nicht Geist — aber Gewalt!

Die „Kreuzzeitung“ bringt in ihrer letzten Montag-Abendausgabe einen Leitartikel, in dem sie zugibt, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie mit geistlichen Mitteln völlig erfolglos gewesen ist und auch in Zukunft keine Aussicht auf Erfolg hat. Sie schreibt darüber:

„Der Geisteskampf gegen die Umsturzpartei bedeutet an seinen Erfolgen gemessen ein glattes Fiasko. Denn es ist gar nicht zu bestreiten, daß dieser Kampf von bürgerlicher Seite kräftig und entschieden, namentlich auch mit geistlichen Mitteln geführt worden ist. Und während die Geistesmächte von alten Zeiten auf die Sozialdemokratie herabgeschauten, waren zugleich Staat und Gesellschaft darauf bedacht, durch Maßnahmen der Sozialreform die Lage der Arbeiter zu verbessern, um sie mit der heutzutage Ordnung versöhnt, aus der sozialdemokratischen Umgestaltung zu lösen. Jetzt aber kann man nicht sagen: Ein großer Aufschwung schmachlich ward verlan.“

Natürlich kann die „Kreuzzeitung“ nicht eingestehen, daß die Sozialdemokratie ihre Erfolge der Kraft ihres Geistes und der Schärfe ihrer Beweisführung verdankt. Im Gegenteil, sie bleibt dabei, daß die Konservativen im Rechte sind. Für sie steht es fest, daß die Massen der Bevölkerung ihre geistige Reife nur dadurch beweisen könnten, daß sie lässlich zur Kirche gingen und die Verhältnisse, unter denen sie zu leben gezwungen sind, in gottgegebener Abhängigkeit trügen. Wer es anders hält, ist „irregeleitet“, die Soffnung aber, ihn mit den Mitteln der Ueberredung wieder auf den rechten Pfad zurückzubringen, gibt die „Kreuzzeitung“ hoffnungslos auf. Selbst auf das alberne Märchen, die von der Staatsgewalt brutal niedergedrückte Sozialdemokratie halte durch „Gewaltsmittel“ ihre Leute zusammen, kann das Junkerblatt nicht verzichten, um endlich zu diesem Schluß zu kommen:

„Wir halten deshalb an dem alten Wort des Grafen Limburg-Sittum fest: Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist eine reine Machtfrage. Und dieser Meinung war Fürst Bismarck sein Leben lang.“

Das Junkertum hat sich stets durch seine klare Beurteilung realer Machtfragen vor dem Bürgertum ausgezeichnet, und diesem Umstand verdankt es einen guten Teil seiner bisherigen politischen Erfolge. Schließlich aber gibt es auch einen Punkt, an dem die konservative Machttheorie durch Uebertreibung der ihr innewohnenden materialistischen Tendenzen, durch souveräne Nichtachtung aller geistigen Faktoren an die Klippe gerät und Schiffbruch leidet. Was heißt denn das, wenn die „Kreuzzeitung“ verkündet, der Kampf mit geistlichen Waffen habe mit einem Fiasko geendet und jetzt bleibe nur noch die „reine Machtfrage“ übrig. Das heißt doch nichts anderes, als dies: Wie die Leute denken, ist uns egal, es kommt nur darauf an, wie sie handeln, und so zu handeln, wie wir wollen, zwingen wir sie mit Gewalt.

Es sind jetzt ziemlich genau fünfzig Jahre her, da wies die „Kreuzzeitung“ auf eine Rede „eines seinerzeit vtelgenannten revolutionären Juden“ hin, „der mit richtigem Instinkt den Nagel auf den Kopf getroffen und noch nicht alles gesagt hat, was er weiß und denkt“. Dieser „revolutionäre Jude“ hieß Ferdinand Lassalle, und die Rede, auf die die „Kreuzzeitung“ anspielte, war der berühmte erste Vortrag über Verfassungswesen. Hatte sich die „Kreuzzeitung“ den Inhalt dieses Vortrages und seine spätere Wirkung vor Augen gehalten, so hätte sie nicht so gründlich daneben schlagen und ein brutales, auf rein materiellen Faktoren beruhendes Gewaltverhältnis nicht mit den „tatsächlichen Machtverhältnissen“ verwechseln können, die Lassalle in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellt und auf die bei allen Klassenkämpfen in der Tat auch alles ankommt.

Nach Lassalle beruht die Macht einer herrschenden Klasse nicht auf dem Wortlaut der geschriebenen Gesetze, sondern auf den „tatsächlichen Machtverhältnissen“, die in

der organisierten Staatsmacht ihren vornehmsten Ausdruck finden. Aber auch die bestehende Organisationsform des Staates kann, wie sie ist, nur erhalten werden, wenn sie der in der Gesellschaft gegebenen Verteilung der ökonomischen Macht faktoren entspricht. Eine Verteilung der politischen Herrschaftsrechte nach den tatsächlichen Machtverhältnissen, die Behandlung der Politik als einer „reinen Machtfrage“ würde daher zu ganz anderen Ergebnissen führen, als die „Kreuzzeitung“ sie wünscht. Das Junkertum würde als ökonomisch überlebte Klasse in die Versenkung verschwinden, und die Klasse der Großkapitalisten würde auch auf dem preussischen Schauplatz mit der mächtig auftretenden Arbeiterklasse zum entscheidenden Ringen antreten.

Das entspricht den „tatsächlichen Machtverhältnissen“, und darum wird die schiefe Machttheorie des Junkertums auch nicht verhindern können, daß auch die rückständige preussische Verfassung endlich ihre Vereinigung erfährt.

Neben den rein ökonomischen Ursachen, wenn auch im letzten Grunde auf ihnen basierend, spielen aber auch die Faktoren des menschlichen Denkens und Willens innerhalb der tatsächlichen Machtverhältnisse eine Rolle. Auch „das allgemeine Bewußtsein, die allgemeine Bildung“ sind „ein Stück Verfassung“, und durch sie sind der Willkür bloßer Gewalt Grenzen gesetzt. Also spricht der „revolutionäre Jude“:

„Jetzt sehe ich aber den Fall so: Man wolle dem Kleinbürger und Arbeiter nicht nur seine politische, sondern auch seine persönliche Freiheit entziehen, das heißt, man wolle ihn für persönlich unfrei, für leibeigen oder hörig erklären, wie er dies in fernem, fernem Jahrhunderten des Mittelalters in der Tat war. Würde das gehen, meine Herren? Nein, und wenn sich hierüber auch König, Adel und die ganze Bourgeoisie einig - das ginge doch nicht! Denn in diesem Falle würden Sie sagen: Wir wollen uns lieber tödlich schlagen lassen, ehe dies erdulden. Die Arbeiter... würden auf die Straße eilen, der ganze kleine Bürgerstand ihnen zu Hilfe, und da der vereinigte Widerstand sehr schwer zu besiegen sein möchte, so sehen Sie, meine Herren, daß in gewissen außerordentlichen Fällen Sie alle ein Stück Verfassung sind.“

Uns dünkt: der „revolutionäre Jude“ trifft auch hier „den Nagel auf den Kopf“. Ja, was er damals sagte, gilt heute wohl in noch weiterem Sinne, als vor fünfzig Jahren. Denn das Gefühl der Massen für Freiheit und Recht der Persönlichkeit ist im Laufe der letzten Jahrzehnte — wieder nicht ohne die Hilfe fördernder ökonomischer Triebkräfte, so erstarkt, daß nicht nur ein Zurückdrängen zu alten Formen der Machtorganisation, sondern auch die Aufrechterhaltung bestehender, den „tatsächlichen Machtverhältnissen“ nicht mehr entsprechender für die Unternehmener nicht ohne Gefahr sein möchte.

Wir haben also nicht das mindeste dagegen einzuwenden, daß die Frage, wer in Deutschland und in der ganzen Welt Herr sein soll, als „reine Machtfrage“ aufgefaßt wird, wir haben sie, den großen Lehrmeistern des Sozialismus folgend, auch niemals als etwas anderes behandelt. Macht ist aber nicht zu verwechseln mit bloßer Gewalt. Wenn unter hundert denkenden Menschen neunundneunzig Sozialdemokraten sind, so dürfte es dem Hunderten, selbst wenn er ein Junker ist, kaum möglich sein, sie mit der Reitpeitsche nach seinem Willen zu lenken. Und wenn der Kampf mit geistigen Waffen nach dem Geständnis der „Kreuzzeitung“ mit einem kläglichen Fiasko endete — dem geistlos-knüttelregiment, das sie als letzte Rettung aus der Not empfiehlt, wird sicher kein besseres Schicksal beschieden sein!

Politische Uebersicht.

Um das Recht der Fraktionen.

Nach einer kurzen Erörterung der Haushaltsrechnung für die Schutzgebiete wurde im Reichstag wieder eine Frage der Geschäftsordnung in ausgiebiger Debatte besprochen. Es handelt sich um die Festsetzung der Mindeststärke der Fraktionen. Die Geschäftsordnung kennt die Fraktionen eigentlich nicht, die sich in die Praxis der Geschäftsführung von selbst eingeführt hat. Von diesem Widerspruch zwischen den Tatsachen und dem Hausgesetz haben bisher die kleinen Gruppen des Hauses, namentlich bei der Festsetzung der Rednerliste, ungebührlichen Nutzen gezogen, und es ist von Anfang der Session an unangenehm aufgefallen, daß in jeder Diskussion die „Fraktion Mumm“ und die „Fraktion Posadowsky“ sich so viel Rechte zubilligen, wie sie die großen Parteien besitzen. Die Kommission schlägt nun eine Milderung vor, indem sie nur eine Mitgliedervereinigung von wenigstens 15 Mitgliedern, und zwar Vollmitglieder und Hospitanten als Fraktion gelten lassen will. Dagegen wendet sich die durch die Reichstagswahlen bezimierte Reichspartei. Sie möchte ihrer Not abhelfen, indem sie auch die „Zugehörigen“ mitgerechnet haben möchte. Herr Mumm kommt ihr seinerseits mit einem besonderen Antrag zur Hilfe. Die sozialdemokratische Fraktion dagegen will das Recht der Wähler vor allem respektiert wissen und beantragt deshalb einen Zusatz zum Kommissionsantrag, der auch die Zahl der abgegebenen Stimmen entsprechend berücksichtigt. Die Abstimmung über die Anträge, die teilweise namentlich sein wird, findet heute, Mittwoch, statt.

Es war lehrreich und pikant, Herrn Dr. Arendt und den Freiherrn v. Kamp, als die Vertreter von Minderheitsrechten zu hören, die Herren, die seinerzeit den Bruch der Geschäftsordnung zum Zwecke der Bergewaltung einer Minorität geleitet und mitgemacht haben. Darauf hat in wirksamen Worten vor allem Genosse Haase hingewiesen. Er erklärte wiederholt, daß die Sozialdemokratie garnicht daran denkt, an den kleinen Gruppen der Rechten die alte Schuld heimzugahlen, daß sie vielmehr, wenn es sich um die Zusammenfassung von Kommissionen handeln wird, für die Vertretung aller Minderheiten sorgen wird. Diesmal handelt es sich — und das wollten Herr Dr. Arendt und seine Freunde gern vermeiden — um die Fixierung der Fraktionsstärke, für die eine gewisse Gemeinschaft der politischen Anschauung jedenfalls Voraussetzung sein muß. Die Fortschrittler, die Nationalliberalen und das Zentrum traten, ebenso wie unsere Fraktion, für den Kommissionsantrag ein. Dann legte man die Debatte über die Minderheitsrechte fort, über die es heute ebenfalls zu einer namentlichen Abstimmung kommt.

Dernburgs Konkurrent.

Zu der Neuwahl des Berliner Oberbürgermeisters wird uns in Ergänzung unserer gestrigen Mitteilungen von anderer Seite geschrieben:

Herr Krefner wird binnen kurzem seinen Posten verlassen. Er ist in die Jahre gekommen und hat sich außerdem in letzter Zeit über allerlei Dinge geärgert. Wer wird sein Nachfolger werden? Darüber ist in den verschiedensten Konventionen der Maßgebenden und Einflußreichen schon lebhaft diskutiert worden und hinter den Kulissen wird eifrig agitiert und intrigiert. Eine Anzahl von Kandidaten kommen in Betracht. Da ist der Oberbürgermeister von Königsberg, der eben erst einen Ruf nach Breslau abgelehnt hat; da ist das Stadtoberhaupt von Halle, da ist der Varmer Oberbürgermeister, der sich unter den Bewerbern um die Leitung des Zweckverbandes befunden hat und da sind noch einige andere Männer an der Spitze großer Kommunen. Daneben wird auch der Kolonial-Dernburg genannt, für den sich aber scheinbar nur eine kleine Minderheit interessiert, und ganz neuerdings ist auch der gegenwärtige zweite Bürgermeister von Berlin, Reicke, in die Reihe der ernsthaften Aspiranten getreten.

Wie es heißt, sollen seine Chancen garnicht ungünstig stehen und sein öffentliches Auftreten in der jüngsten Zeit läßt den Schluß zu, daß er eifrig dabei ist, etwa noch vorhandenes Mißtrauen zu beseitigen.

Sehr Reide hat bisher nirgendswo als eine Neopazität auf dem Gebiete kommunaler Verwaltung gegolten. Als Verfasser des „Grünen Subis“ und anderer nicht gerade weltberühmter Romane würde er mehr als ein Repräsentant der sog. Kulturinteressen im Magistrat geteert, der sich zur Begleitung der Gesangsvereine, zur Eröffnung von Ausstellungen usw. vorzüglich verwenden ließ. Bei einer solchen Gelegenheit hat nun der Herr Bürgermeister in den letzten Tagen Bemerkungen gemacht, die im Zusammenhang mit den Minderheitsrechten eine größere Bedeutung gewinnen. Er hat die Berliner Zeitung angegriffen und hat dann, als ihm das in einigen Blättern verdacht wurde, sich auch noch in einer Erklärung gegen die „Zeitungsblätter“ gewandt.

Was das mit dem Berliner Oberbürgermeisterposten zu tun hat? Allerlei. Die Person, von der die Veräußerung abhängt, will von der Session ebenfalls nichts wissen; das Wort „Minderheitsrechten“ ist noch in aller Gedächtnis, und dieselbe Person hat ja auch mehr als einmal ihrer Mißachtung für die Zeitungsblätter unverbohlen Ausdruck gegeben. Wer genau den Modernismus in der Materie polemisiert und außerdem den vorletzten Journalisten eins auf Maul gibt, empfindet sich. Er braucht keine neun Monate auf Veräußerung zu warten und erweist sich im Grunde königlicher Gnade.

Zunächst kommt es allerdings auch etwas auf die Gunst der Stadtyerordneten an, deren Stimmzettel über die Kandidaten entscheiden. Aber man gehört politisch der herrschenden Richtung an, man ist Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei und hat sogar bei den Spontantewahlen im 2. Berliner Reichstagswahlkreise versucht, den Sozialdemokraten zu verdrängen. Nur muß es natürlich auch die richtige Nuance des Fortschritts sein, zu der man sich bekennt, und da hat Herr Reide bei der Begleitung der internationalen Haus- und Grundbesitzer am letzten Sonntag Gelegenheit genommen, seine Stellung zu präzisieren. Jedes Hausagrarierherz muß an seinen Worten die hellste Freude haben, und nicht umsonst sind sie von der Versammlung mit stürmlichem Beifall ausgezeichnet worden. Vor dem Bürgermeister hatte der bekannte Justizrat Baumert-Spanbar gesprochen, gegen Sozialdemokraten und Bodenreformer vom Leder gezogen und damit dem Vertreter der Stadt die Seele der Grundbesitzerinteressen noch einmal entlehnt. Und der Lobte nun die Hausbesitzer über den Scheitlerndens, und er verteidigte sie energisch gegen die Angriffe von links her. Gewiß gäbe es Mängel im Wohnungswesen. (Wirklich?) Aber diese Mängel dürfe man nicht dazu benutzen, die Rechte der Grundbesitzer in den städtischen Verwaltungen zu bekämpfen.

In der Echtheit haben die Städte des Mittelalters und jeder wir noch heute die Vorbedingung für eine dauernde Interessiertheit am Wohl und Wehe der Stadt... Wenn man die Rechte des Grundbesitzes lastieren wollte, so müßten die Stadterwaltungen sich danach umsehen, wo sie anders eine dauernde Interessiertheit am Wohl und Wehe der Stadt finden können. Unsere Städte dürfen nicht registriert werden von Leuten, die wir seit gestern unsere Bürger nennen. Und wenn man gewisse Rechte davon abhängig machen wollte, daß jemand gewisse Jahre in der Stadt wohne, dann würden wir wahrscheinlich zum größten Teil die Hausbesitzer als die Ermittler, die diese Echtheit repräsentieren. Die Städte sollten es sich wohl überlegen, ob sie dem Grundbesitz noch neue Lasten aufbürden

zonen. Das alte alte Fund an Eisen wäre selbster als die erhebliche Schwächung des Mittelstandes, die eine solche Belastung mit sich bringen würde.

Das ist rein und nackt das Programm der Hausagrarier. Der Hausbesitzer ist das wertvollste Element in der Gemeinde. Er ist berufen sie zu regieren, das Hausbesitzerprivileg muß erhalten werden. Nun weiß jeder, daß Herr Reich ein Kommunalreformist in des Wortes verwegener Bedeutung ist, und nun wird es ihm nicht mehr fehlen. Er hat alle Aussicht die höchste Sprosse zu erreichen, und wir haben wieder die Aussicht auf einen Berliner Oberbürgermeister, der mit dem Zylinderhut in der Hand am Brandenburger Tor die frisch geheirateten Prinzessinnen und die fremden Fürsten bewirthebt, im übrigen die Kommunalreaktion aufs wirksamste unterstützt und so auf jede Weise als Leiter der größten deutschen Gemeindeverwaltung den anderen das denkbar schlechteste Beispiel gibt.

Varel-Jever.

Der Beschluß der nationalliberalen Organisation von Varel-Jever, sich in der Stichwahl zwischen Wiener und Hug der Stimme zu enthalten, findet den Beifall der rechtsstehenden Parteien. So schreibt die „Kreuzzeitung“:

Von denselben bürgerlichen Parteien, die der Fortschritt an die Sozialdemokratie vertragen hat, verlangt er drohend Hilfe gegen seine Komplizen. Das ist ein Verhalten, das direkt widerwärtig anmutet, und die Stellungnahme der Nationalliberalen in Varel-Jever sehr bezeichnend erscheinen läßt. Es war von vornherein eine harte Summation an die Nationalliberalen, auf deren Hilfe die Fortschrittler in ihrem Wahlsieger unbedingt angewiesen sind, daß ihnen Dr. Wiener als Kandidat gegenübergestellt wurde, gerade der Fortschrittsführer, der für den Abschluß des Geheimbündnisses, dem mehrere nationalliberale Mandate zum Opfer fielen, in erster Linie verantwortlich ist. Es war wohl anfänglich die Idee, daß Dr. Mugdan aufgestellt werden sollte, aber das mußte unterbleiben, da man fürchtete, durch diese Kandidatur das innige Verhältnis mit der Sozialdemokratie zu lösen.

Auf der anderen Seite ist man an den leitenden Stellen der nationalliberalen Partei von der Enschließung der Freunde im oldenburgischen Wahlkreis sehr wenig erbaut. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ beschwört die Parteigenossen, durch geschlossenes Eintreten für den bürgerlichen Kandidaten „das schmachvolle Schauspiel des Uebergangs eines weiteren bürgerlichen Mandats in sozialdemokratische Hände“ zu verhindern und der preussische Landtagsabgeordnete Friedberg und der Vorstand der Reichstagsfraktion haben telegraphisch die Umkehrung des Beschlusses gefordert.

Nun, wir werden ja bald erfahren, welche Art, die Sozialdemokraten niederzuwerfen, von den nationalliberalen Wählern in Oldenburg für die zweckmäßigere gehalten wird. Ob die, unter allen Umständen für jeden Gegner des sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten, oder die andere, den Freisinnigen die Lust zu nehmen, jemals wieder einen Vertreter der äußersten Linken gegen einen Reaktionär zu unterstützen.

Hanjabund und Arbeitswilligenschut.

Der Vorstand des Hanjabundes hat eine Denkschrift ausgearbeitet und den lokalen Gruppen des Bundes zur Vergeltung unterbreitet, in der die Frage des Koalitionsrechtes und des Arbeitswilligenschutzes behandelt wird. Die Denkschrift gipfelt in folgenden Leitsätzen:

1. Eine Erweiterung des Landbesandes des § 153 Gewerbeordnung ist, insbesondere im Hinblick auf die ausdehnende Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht erforderlich.
2. Zur Einschränkung des Streikloshaltens als solchen im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit genügen polizeiliche Maßnahmen, welche mit Energie und Entschiedenheit anzunehmen sind. Ausschreitungen der Streikloshaltenden sind auf Grund des § 153 Gewerbeordnung und der allgemeinen Strafrechtsgesetze zu ahnden.
3. Im Rahmen des allgemeinen Strafrechts erscheint ein härterer Schutz der persönlichen Freiheit gegen rechtswidrige Nötigung und sittenwidrige Verurteilung, insbesondere auch zur Bekämpfung des politischen und wirtschaftlichen Zwangs- und Raubboykotts, wünschenswert und notwendig.

Die §§ 210 und 211 Str.-G.-B. sind dahin zu ergänzen und abzuändern, a) daß in Erweiterung des § 142 Str.-G.-B. eine jede mittels rechtswidriger Erziehung unternommene Nötigung unter Strafe gestellt wird; b) daß in Erweiterung des § 211 Str.-G.-B. eine strafbare Bedrohung insbesondere auch dann vorliegen soll, wenn jemand einen anderen durch eine ihm in seinem Ansehen gefährdende Erziehung in seinem Frieden stört; c) die öffentliche oder gegenüber einer Mehrheit von Personen erfolgende Aufforderung zur Weidung des geschlechtlichen oder persönlichen Verkehrs mit einem anderen ist strafbar zu erklären, es sei denn, daß sie in Wahrnehmung berechtigter Interessen, insbesondere um Dritte vor Schaden zu bewahren, erfolgen wird und sich in den Grenzen des hierdurch Gebotenen hält.

Die Frage, ob Verleumdungen und leichte Körperverletzungen bei Verlegen eines öffentlichen Interesses von Amts wegen oder eventuell auf Antrag von Vereinen zu verfolgen sein sollten, welche für Wahrung allgemeiner oder gewerblicher Interessen berufen sind, erscheint erwerbswert, eine Beschränkung dieser Maßnahmen auf das Gebiet der Streikausbreitungen jedoch nicht angebracht.

Eine Verleumdung der in den bestehenden Gesetzen angeordneten Strafen ist nicht grundsätzlich abzulehnen, doch ist von ihr eine wesentliche Verringerung der vorhandenen Mißstände nicht zu erwarten; durch Anwendung einzelner Verwaltungsmahnmahnen wird sie nicht beseitigt.

Einen gewissen Wert würde die auf Grund der Denkschrift angestellte Umfrage dann erlangen, wenn der Hanjabund die Antworten der lokalen Organisationen unforgig veröffentlichte. Es ist klar, daß den, sicher auch nach Ausschalten der Zentralverbände, noch im Hanjabunde vorhandenen Schorfmachern die Thesen des Vorstandes lange nicht wegnommen gehen, sozialpolitisch Einsichtigeren aber die ganze Aktion überflüssig erscheinen wird. Und zu wissen, in welchem Größenverhältnis diese Richtungen im Hanjabund zu einander stehen, ist das Interessante an der Sache.

Die Wehrevorlagen in der Kommission.

Die Budgetkommission bewilligte in ihrer Sitzung am Dienstag 30 neue Batterien Feldartillerie, Verpflegung von mehr als 1000 Batterien an Mannschaften und Pferden, sowie einige kleinere, damit zusammenhängende Forderungen. Die Verlehrsgruppen erfahren eine Verstärkung durch Errichtung von Funker-Kommandos, Verpflegung der Flieger-Abteilungen und Umwandlung der Luftschiffer- und Kraftfahrabteilungen in ein Volkswesen. Auch die Telegraphentruppen werden vermehrt. Bei den Pionieren werden 21 Scheinwerferzüge aufgestellt.

Eine längere Auseinandersetzung entspann sich darüber, ob die jetzt vorhandenen Batterien zu 6 Geschützen, nach französischem Muster in solche zu 4 Geschützen, nach französischem Muster, umgewandelt werden können. Die Militärverwaltung trat dem entschieden entgegen und wies besonders darauf hin, daß eine solche Umwandlung an einmaligen Ausgaben 200 Millionen Mark, an fortlaufenden Ausgaben 35 Millionen Mark jährlich erforderlich machen würde. Der Leiter des Militärflugwesens machte dann interessante Ausführungen über die Entwicklung des militärischen Flugwesens, die sich jedoch als vertraulich, der Veröffentlichung entgegenstehend, nicht abgeben ließ. Sodann für Sachsen die am Freitag abgeleitete Landwehr-Inspektion bewilligt, dagegen wurde der erneute Antrag Württembergs, auch dort eine solche Inspektion zu errichten, abgelehnt. Zu einer längeren Diskussion führte die Forderung der Seereserveverwaltung, eine große Anzahl neuer Minierstellen zu schaffen. Der Antrag ging dahin: Zuteilung je eines Oberleutnants auch zu den Stäben der Regimenter mit 2 Bataillonen; Zuteilung eines weiteren Stabs-Oberleutnants zu sämtlichen Regimentern mit 3 Bataillonen; Zuteilung je eines weiteren Hauptmanns zu allen Regimentern. In der Kommission gelangte die Meinung zum Ausdruck, daß man hier in erster Linie eine Verbesserung des Abnehmens im Auge habe. Dem wurde von der Seereserveverwaltung mit dem Argument entgegenzusetzen, daß die neuangekauften Offiziersstellen für den Fall der Mobilmachung unerlässlich notwendig seien. Bei der Abstimmung wurden die Oberleutnants gestrichen, dagegen die Majore für alle Regimenter bewilligt, ebenso die geforderten Hauptleute, deren nun jedes Regiment vierzehn anzuweisen hat. Dem Kriegsministerium wurde die Ermächtigung erteilt, die erforderlichen Mittel für die Beschaffung der neubewilligten Pferde schon jetzt auszugeben.

Abgeschüttelt. Der Kapitän a. D. Perius hielt sich im „Berliner Tageblatt“ immer als gewaltiger Marine-Sachverständiger auf, der sich in Forderungen zum weiteren Ausbau der Flotte nicht wenig tun kann. In der letzten Zeit stellte er die Behauptung auf, daß die englischen und französischen Unterleboote besser sind als die deutschen, und daß die dortigen Behauptungen besser mit den Booten umzugehen verstehen. Gegen diese Behauptungen wendet sich ein Artikel in der „Norddeutschen

Allgemeinen Zeitung“, der offenbar aus dem Reichs-Marineministerium in dem belangt wird, „daß die Qualität und die Unterlebootsmaterials denjenigen der anderen Nationen in der Gite mindestens nicht nachsteht und daß die vorhandenen deutschen Unterlebootsbesatzungen gerade in letzter Zeit wieder eine Legenheit gehabt haben zu zeigen, daß sie den an sie gestellten hohen Anforderungen im vollsten Maße entsprechen. Tatsächlich ist ferner, daß der im Jahre 1908 mit dem Charakter als Kapitän zur See verabschiedete Vizeleutnant niemals Gelegenheit gehabt hat, ein deutsches Unterleboot zu betreten oder sich ein Urteil über die Güte des Materials und die Leistungsfähigkeit der Besatzungen zu bilden und daß er während seiner aktiven Dienstzeit niemals an einer Stelle beschäftigt worden ist, die ihm ermöglchte hätte, sich mit der Schanz der Torpedowaffe und dem Dienstbetrieb in den Zentralstellen zu befassen.“

Die Geschlechterordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses beschäftigte sich zunächst mit dem konservativen Antrag auf Beschränkung der Redefreiheit. Danach soll die Redezeit eine Stunde betragen, und nur mit Zustimmung des Hauses, das nach jeder weiteren halben Stunde zu befragen ist, überschritten werden dürfen. Eine Beschlusfassung über diesen Antrag wurde ausgesetzt. Ebenso wurde eine Beschlusfassung über den dann folgenden § 87 der Geschlechterordnung nicht vorgenommen, zu welchem von konservativer Seite Abänderungsvorschläge vorlagen. Nach diesen Vorschlägen soll die Direktive des Präsidenten erweitert werden.

Für die Landtagsabwahl in Werent-Dirschau an Stelle des verstorbenen freikonservativen Abgeordneten Andri-Gortschin haben die Konservativen, wie gemeldet wird, gestern den Rittergutsbesitzer Modrom in Modromshorst aufgestellt. — Abg. Arndt war 1908 mit 345 gegen 221 polnische Stimmen gewählt worden.

Die politische Gleichberechtigung in Baden. Aus Mannheim wird geschrieben: Die Bezirksräte sind die kollektiven Behörden in den Bezirksämtern. Die Mitglieder werden von der Regierung ernannt, aber die Regierung hat sich dabei an eine von der Kreisverammlung (erweiterter Kommunalverband) aufgestellte Vorschlagsliste zu halten. Nachdem es der sozialdemokratischen Partei in Mannheim trotz des verarbeiteten und reaktionären Wahlgesetzes für die Kreiswahlen möglich war, einige Vertreter in der Kreisversammlung zu erhalten, mußten sich die Bürgerlichen bereit finden, in die diesjährige Vorschlagsliste einige Sozialdemokraten aufzunehmen. Für drei ausstehende Bezirksräte müssen neun Vorschläge gemacht werden, aus denen dann die Regierung wieder drei Räte auswählt. Von unserer Seite waren die Genossen Landtagsabgeordneter Geiß und Stadtrat Barber genannt worden.

Trotz der früher eingenommenen ablehnenden Stellung der Regierung gegenüber der Wahl von Sozialdemokraten zu Bezirksräten rechnete man allgemein mit der Berücksichtigung wenigstens eines der Kandidaten bei der diesjährigen Wahl. Denn bisher war ja die Regierung noch nie abgemunzen gewesen, sich über auf Vorschlagslisten gen. mit Sozialdemokraten zu entscheiden. Die Entscheidung fiel in reaktionärer Sinne aus. Weder Geiß noch Barber wurde gewählt. Sozialdemokraten dürfen also nach wie vor nicht Bezirksräte werden. Offenbar ängstigt sich Herr Minister v. Dusch um die Monarchie.

Volle politische Gleichberechtigung gibt es, wie dieser Vorgang zeigt, auch in Baden noch nicht, und es ist jedenfalls sehr notwendig, der Regierung wegen dieser neuellen Leistung kräftig die Wahrheit anzufügen.

Verfassungsreform-Antrag in Württemberg. Die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags brachte am Dienstag einen Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Verfassung und das Landtagswahlgesetz dahin abgeändert werden, daß sämtliche Abgeordnete der Zweiten Kammer auf dem Wege der Verhältniswahl gewählt werden. — Der Antrag dürfte noch im Laufe dieser Tagung zur Beratung kommen.

Eine neue Mittelpartei in Elsaß-Lothringen. Am Sonntag wurde für Elsaß-Lothringen eine neue politische Partei gegründet, die „Elsaß-Lothringische Mittelpartei“, die für ihre Wirkung ein echt nationalliberales Parteiprogramm aufstellte: Stärkung der Weltmachtstellung des Reiches, zielbewusste Fortführung der Kolonialpolitik, Bekämpfung des reichsfeindlichen Nationalismus und der Sozialdemokratie, Schutz jedes religiösen Bekenntnisses, Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Schutz des Koalitionsrechtes, aber Bekämpfung des Koalitionszwanges, Schutz der nationalen Arbeit durch die bewährte bisherige Schutzgesetzgebung, Erhaltung und Förderung eines kräftigen selbständigen Mittelstandes usw.

Kriegspensionen für verunglückte Flieger. Der Kriegsminister v. Peeringer kündigte am Dienstag in der Budgetkommission eine Abänderung des Militärpensionsgesetzes an. Die Mitglieder der militärischen Fliegerabteilungen erhalten dann, wenn sie im Flugdienst verunglücken, eine Entschädigung in der Art, als ob sie im Kriege verunglückt worden wären. Wüst ein Militärflieger in Ausübung seines Dienstes das Leben ein, dann erhalten seine Hinterbliebenen die Kriegspensionen. Verheiratete Offiziere werden bei den Fliegerabteilungen nicht angestellt.

Der Vogt von Suhl.

Erzählung von Theodor Mügge.

Die Herzogtümer haben das höchste Vertrauen zu ihrem gnädigen und gerechten Fürsten, fuhr er fort, als der König keine Antwort gab. „Ja, Eure, Sie werden die Wahrheit nicht untergehen lassen, damit der Tag nicht kommen möge, wo wir selbst uns vor unseren Feinden schützen müssen.“ „Was? tief der König, schreit zurückstehend. „Was wollen Sie? Was können Sie wollen?“ „Ein Verfassung, Majestät, welche unsere Selbständigkeit verbürgt; die Sicherheit, nicht länger als dänische Provinzen betrachtet und danach behandelt zu werden, welche, wenn es Gott so gefällt, daß Ew. Majestät Mannesstamm ausüben sollte, uns die Trennung von Dänemark in friedlicher Weise ermöglicht.“

Der König geriet bei diesen letzten Worten in eine Bewegung, die mehr sein Verwunderung als seinen Zorn ausdrückte. „Das wagen Sie mir zu sagen?“ sprach er heftig. „Trennung! während jeder Däne von mir Verachtung fordert!“ „Es ist nicht unsere Schuld“, erwiderte Lorenz ruhig, „die Dänen haben es so gewollt. Hätte man unter Recht niemals wurde, wir würden nie in die Lage geraten sein, als Dänen betrachtet zu werden. Majestät, Sie haben ein Herz für das Recht und Gerechtigkeit, Sie können die Beherrigten und halten die Ehre für das höchste Gut jedes Menschen.“

„Schweigen Sie!“ rief der König mit dem Fuß stampfend, „und gehen Sie.“ Er wendete sich um und tat jedoch einige Schritte, dann kehrte er plötzlich zurück. „Was Sie als Begehren der Herzogtümer aussprechen, ist unmöglich zu erfüllen“, sagte er streng, aber mit würdiger Ruhe. „Ich kann es nicht und keiner meiner Nachfolger kann es. Was auch in allen Zeiten geschehen sein mag, in alten Pergamenten steht, es ist unerschütterlich darüber zu stehen. Die Wahrheit ist, daß Dänemark nicht bestehen kann ohne die Herzogtümer, die es seit Jahrhunderten als sein Eigentum betrachtet und sich nicht nehmen lassen wird. So lange ich lebe, soll nichts geändert werden, das ist alles, was ich versprechen kann.“

„Und die Zukunft, Majestät, fordert sie keine Veränderung?“ „Der Kanzler Lorenz“, sagte der König, den Kopf schüttelnd, „als Kabinettsrat kann ich Sie nicht abweisen.“

aber einen guten Rat will ich Ihnen geben: Kopenhagen ist kein Ort für Sie, gehen Sie nach Schleswig zurück. Wenn dort ein Platz für Sie offen ist, den Sie wünschen, so melden Sie sich, ich will Ihnen nicht entgegen sein.“

„Ich danke Ew. Majestät für diese Gnade“, erwiderte Lorenz, „es entspricht allem, was ich jetzt noch wünschen kann.“ „So leben Sie wohl“, sprach der König. Es tut mir leid um Sie, Sie sind ein guter Kopf, aber wie ich immer gedacht habe, zu hohen Stellen unbrauchbar, zu überpaant, phantastisch, unklar. Sie haben vieles vermisst, hätten Sie sich, nicht alles zu verlieren.“

„Alles, Majestät, wenn es sein muß, nur das Recht und die Ehre nicht.“ Der König winkte mit der Hand. Lorenz ging die Treppe hinab; er bligte ihm ernsthaft nach.

Die folgenden Tage waren ungemein unruhig und lebendig in Kopenhagen, das mit Gerüchten aller Art gefüllt war. Bald hieß es, der König wolle Vertrauensmänner berufen, die eine Verfassung ausarbeiten sollten, bald wieder, er wolle von nichts hören und habe diejenigen aufs härteste behandelt, welche eine Verfassung gewagt hätten. — Der Kronprinz sollte für eine Ausrückung über angekommen sein, der Stadtrat sich geweigert haben, eine Petition an den König zu schicken. Die Polizei sei tätig, die Presse werde aufs schärfste bewacht, ein Artikel über Dänemarks Hoffnungen in einem geleseenen Blatte sei sogleich mit Beschlagnahme belegt worden, der Verfasser werde verfolgt.

Lorenz hatte dem Stadtrat den ganzen Erfolg seines Gesprächs mit dem Könige geschrieben und bei dem nächsten Briefe des Monarchen hinzugefügt, daß er ihn zu besorglichen Entschuldigungen zu versuchen, schloß er den Brief mit seinem Danke für die vielfache Güte des Königs, und mit der Bitte, ihm diese nie ganz entziehen zu wollen. Es war ein möglichster förmlicher, wohlgeleiteter Abschiedsbrief mit der besten Gewissheit geschrieben, daß es bis heute so was gegeben müsse. — Er atmete auf, als es vollbracht war. An Lina schrieb er kein Wort. Er nannte ihren Namen nicht, er erlaubte sich keine Andeutung, keine Klage, nicht die leiseste Erinnerung an das, was er verloren und was mit unabwendbarer Gewalt sich geltend machte. — Mit der Ruhe der Resignation überlegte er seine Entschlüsse und bekämpfte die Stürme seiner Seele, um jede Spur sorglosig zu verbergen. Er fandte den Brief ab und erhielt keine Antwort. Den

ganzen nächsten Tag wartete er darauf in qualvoller Unruhe, und wie oft er sich auch sagte, daß eine Antwort überflüssig und keine Antwort jedenfalls die bestmögliche Antwort sei, so empfand er doch erst nach und nach die ganze Größe seines Oßers. Er mochte in den einsamen Stunden der Nacht sich alles sagen, was er zu seinem Troste sagen konnte, unzählige Male sich zurufen, daß Lina ihn nie geliebt habe, daß er ein Spiel ihrer eitelten Träume und eines leidenschaftlichen Gorgezesses gewesen sei, der sich darin gefallen, ihn der Welt und den Verhältnissen zum Trotz zu sich empur zu heben, um ihn vor sich zu werfen, als er ihr Anrecht nicht sein wollte. Der Zorn, den er dadurch in sich erregte, hielt nicht vor gegen den tiefen Schmerz um sein verlorenes Glück, um Jahre voll Hoffnungen, um eine Zukunft, die wie eine Nacht ohne Sterne auf seiner Seele lag.

Als es ganz finster war, ging er auf Seitenpfaden zu der Villa hinaus und setzte sich auf die Bank in dem kleinen Tempel auf der Höhe des Berges, wo er so oft mit Lina gelesen hatte. Es war laullos und küstler weit umher. Dann und wann dröhnte es hoch vom Meere herauf, das in phosphorischen Leuchten seine matten Wellen gegen das Ufer warf. Entschlich trat die untergehende Sichel des Mondes blutrot unter schwarzen Wolken vor und zitterte über ein paar Fenster des Hauses. Seine Augen hefteten sich starr daran fest. Es war Linas Zimmer. Er sah die weißen, tief herabgelassenen Vorhänge, es war ihm, als höbe ihre Hand sie auf, als sähe ihr blaßes, lebendes Gesicht ihn fragend und vorwurfsvoll an. Er sprang auf und stredte die Arme aus, aber leuchtend ließ er sie sinken. Das Haus lag tot und still, keine Stimme tief sein: in Namen.

Als er am Morgen in seine Wohnung trat, war sehr erster suchender Blick auf einen Brief gerichtet, welcher auf dem Tische lag. Mit gieriger Hast griff er danach, doch neue Täuschung. Es war ein Brief aus Suhl, er erkannte auf der Stelle die Handschrift seiner Mutter.

Ein weiches und wahnwitzvolles Gefühl erfaßte Lorenz, als er die besorgten Worte las und eine Erkenntnis, wie es sie nie gekannt, füllte sein ganzes Herz in diesem Augenblicke nach dem stillen Herde seines Vaters, nach der Laube von Sämlingebäumen mit ihren zügelten, breiten Blättern, und nach den freien Augen, die dort seiner warteten. „Meine Mutter“, murmelte er vor sich hin, „du hast es mir wohl gesagt. Sie sind kalte diese Dänen, kalte in der Tiefe, wie im Kriege heimlich und eitel. Ich mußte es auch doch habe ich es dir nicht glauben wollen.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Streik für und wider Wassermann hat, der „Post-Zeitung“ zufolge, im Wahlkreise Zeltow-Beeskow-Charlottenburg einen bemerkenswerten Zwischenfall herbeiführt. Dort trat unter dem Vorhänge des auf dem rechten Flügel der Partei stehenden Regierungsrates Prof. Leibitz die Vertreter der einzelnen nationalliberalen Ortsvereine zur Wahl der Delegierten für den allgemeinen nationalliberalen Parteitag zusammen, der am Sonnabend in Berlin abgehalten wird. Bei dieser Wahl siegte mit Zweidrittel-Mehrheit die Liste der zu Wassermann haltenden Gruppe. Auch wurde eine Vertrauenskommission für Wassermann, trotz des lebhaften Widerspruches des Regierungsrates Leibitz, angenommen, der mit seinem Rücktritt drohte und hernach auch das Amt als Vorsitzender der Wahlkreisorganisation niederlegte.

Ausland. Die Republik.

Die Zweite Kammer des schwedischen Reichstages hatte sich am Sonnabend mit einigen Anträgen zur Verfassungsreform zu beschäftigen, die, wie bereits kurz berichtet, der Genosse Lindhagen eingebracht hatte. Sie enthalten zunächst die Forderung einer weiteren Reform des Wahlrechts zur Zweiten Kammer, dann die Abschaffung der Ersten Kammer und Einführung des Einkammersystems; schließlich wird vorgeschlagen, daß der Reichstag sich prinzipiell für die Abschaffung der erblichen Regierungsmacht und die Einführung einer republikanischen Staatsverwaltung aussprechen möge, die sich auf Volkswahlen aufbaut.

Die ersten beiden Vorschläge, wurden, wie üblich, dem Konstitutionsausschuß zu weiterer Prüfung überlassen, bei dem dritten Antrage aber erklärte der Kammerpräsident, er verfolge gegen den 4. der Verfassung, der besagt, daß Schweden eine konstitutionelle Monarchie sei, ein Erbverbot. Er halte sich deshalb für verpflichtet, den Antrag zurückzuweisen, und zwar auf Grund der Geschäftsordnung des Hauses.

Lindhagen sprach gegen diese Auffassung und auch Branting, der darauf das Wort nahm, erklärte, daß er mit dem Präsidenten meins sei hinsichtlich der Auslegung der Geschäftsordnung, fuhr aber dann fort und sagte, er bedaure die Handlungsweise des Präsidenten, weil durch sie die Aufmerksamkeit auf einen Antrag gelenkt werde, der nach seiner (Brantings) Meinung sobald wie nur möglich von der Tagesordnung des Reichstages verschwinden müsse, da er nur geeignet sei, eine ernste Sache, die Frage nach der besten Staatsform, zum Gegenstand von Spott und Spott zu machen, aber nicht geeignet, der Sache zu nützen, die der Antragsteller vertreten wolle. Als alter Republikaner sei er (Branting) unangenehm berührt worden von der Art und Weise, wie diese Sache vorgebracht worden, und er bedaure, daß sie infolge der Sandhumsweise des Präsidenten solche Dimensionen angenommen habe.

Diesen Ausführungen Brantings gegenüber sprach Lindhagen sein Erstaunen darüber aus, daß sein Freaktionsgenosse die Frage der parlamentarischen Taktil in die Debatte gezogen habe. Die große Frage der Staatsverfassung müsse aufgeworfen werden, damit das Volk sein Zukunftsziel vor Augen habe. Der Antrag gründe sich auf die Ansicht, daß die Verfassung nicht nur durch blutige Revolution, sondern auch auf friedlichem, gesetzlichem Wege geändert werden könne. Die Kammer beschloß dann mit 126 gegen 59 Stimmen, daß Lindhagens Antrag nicht abgewiesen werde, sondern seinen Weg weiter gehen soll, worauf der Präsident erklärte, daß er nun den Konstitutionsausschuß über die Frage der Behandlung des Antrages entscheiden lassen werde.

Die Gemeindevahlen in Paris zeigen genau denselben erfreulichen Aufschwung unserer Partei, wie die in Wien. Die „Humanité“ veröffentlicht hierüber die näheren Einzelheiten. Unsere Stimmenzahl entwickelte sich wie folgt:

1904	1908	1912
95 164	105 461	116 020

Bei den Wahlen von 1908 wurden im ersten Wahlgange sieben Sozialisten gewählt und sechs gelangten in die Stichwahl. In diesem Jahre sind im ersten Wahlgange neun Sozialisten gewählt worden und fünfzehn stehen in der Stichwahl. Von den elf bisherigen Gemeindevertretern brauchen sich also nur zwei einer Stichwahl zu unterziehen, die in beiden Fällen günstig steht und ihre Wiederwahl sicher bringen dürfte. Die Pariser Genossen geben sich aber auch der Hoffnung hin, bei den Stichwahlen noch dieses oder jenes Mandat neu zu erobern. Die stärkste Partei bilden sie in sechs Stichwahlbezirken. So vollzieht sich der Aufstieg der Arbeiterklasse in allen Kulturländern mit gleicher Regelmäßigkeit.

Ueberfall auf eine deutsche Anstalt in Marokko. Aus Larache wird radiotelegraphisch gemeldet, daß die deutsche Firma Kienrich ausgehörte große Anstalt in Uad Bessam von 16 Keilern der nahe bei Ulfassar lagernden, und von französischen Offizieren besetzten Truppe überfallen, in Brand gesetzt und zwanzig von den Feldarbeitern gefangen genommen wurden.

Strafverurteilung italienischer Polizisten. Das Ministerium des Innern hat 50 Polizisten in Neapel, die die Schuldnerbekanntnisbücher waren, strafverurteilt.

Das Verfahren gegen Tom Mann. Die Anklagejury beschloß, gegen den Arbeiterführer Tom Mann das Hauptverfahren wegen Aufreizung der Truppen zur Meuterei zu eröffnen. Tom Mann forderte bekanntlich während des Bergarbeiterstreiks die Soldaten auf, im Falle eines Aufstands oder industrieller Unruhen dem Kommando, zu schließen, nicht zu gehorchen.

Sieg der Aufständischen in Persien. Aus der Provinz Kordistan kommen Nachrichten von einem Siege der Aufständischen über die Regierungstruppen. Der Gouverneur von Hamadan Firman Firman soll, wie berichtet wird, beim ersten Zusammenstoß von den persischen Kosaken und fast von seiner ganzen Infanterie in den Stichen gelassen worden sein und jetzt nur noch 150 Mann bei sich haben. Er hat dringend um Verstärkung gebeten. Die Regierung hat beschlossen, ihm den Polizeichef Sephrim mit Truppenverstärkungen zu Hilfe zu schicken.

Die Verurteilung in Cham. Das Kriegsgericht erkannte 91 Personen der Verschwörung gegen das Leben des Königs von Cham für schuldig. Drei Offiziere wurden zum Tode, 20 zu lebenslänglichen Gefängnis und 68 andere Personen zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt. Der König hat die Todesstrafen in lebenslängliche Gefängnisstrafen und die lebenslänglichen in 20jährige Gefängnisstrafen umgewandelt.

Der Druckerstreik in Chicago. Der Druckerstreik in Chicago ist dadurch verwickelt worden, daß sich die Führer der Streikenden angeschlossen haben. Dadurch wird die Vertretung der wenigen ersehnten Betreibungen erschwert. Auch die Frachtlader zeigen Neigung, in den Streik zu treten.

Die Festsche in China. Aus Schanghai wird gemeldet, daß dort am Sonnabend die erste öffentliche bürgerliche Trauung zwischen Chinesen stattfand. Die Hochzeit war in der alten Gewohnheit, nur zwischen der Braut, entgegen der Lohn des Brautgeldes, an der Seite des Brautgeldes, Trauscheur und Ringaustausch fanden öffentlich statt.

Arbeiterbewegung.

Trothender Niesenstreik im Baugewerke London. Alle im Baugewerbe Londons beschäftigten Arbeiter, gelernte und ungelernete, nahezu 200.000, befinden sich in einer Lohnbewegung. Gefordert werden 1 1/2 d (12 Pfg.) pro Stunde Lohnzulage. Seit 15 Jahren haben keine nennenswerten Lohn-erhöhungen stattgefunden. Es finden Verhandlungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen statt, doch ist der Verlauf der Verhandlungen so unbefriedigend, daß es wahrscheinlich in nächster Zeit zu einem Streik kommen wird.

Raubmörder Trentler vor den Geschworenen.

Berlin, den 7. Mai. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung erklärte der Verteidiger Dr. Max Cohn, daß der schwer kranke Angeklagte aetern wieder von einem Blutsturz heimgefallen worden sei, aber trotzdem und gegen die Meinung der Verteidigung die Fortsetzung der Verhandlung wünsche. Dr. Cohn beantragte, die Verhandlung so fortzusetzen, daß sie immer höchstens auf drei Tage unterbrochen und die gesetzliche Kontinuität gewahrt werde. Die hierauf vernommenen Gerichtsräte Med.-Rat Dr. Hoffmann und Dr. Strauch erklärten übereinstimmend den Angeklagten für zurzeit verhandlungsfähig. Med.-Rat Hoffmann meinte indes, daß man vielleicht morgen werden verhandeln können. Während dann der dritte Sachverständige, Med.-Rat Dr. Störmer, vernommen wurde, erlitt der Angeklagte plötzlich wieder einen Blutsturz. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte er nun selbst, daß er sich verhandlungsunfähig fühle, und der Gerichtshof verlagte darauf die Verhandlung auf Mittwoch früh.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Mai.
Aus dem Landkreis.

Auf zum Frauentag. Am 12. Mai werden die Frauen wieder einmal ihre dringende und berechtigte Forderung der politischen und rechtlichen Gleichstellung mit den Männern im Staat zum Ausdruck bringen. Im ganzen Reich strömen sie zu Hunderttausenden in die Versammlungsorte, und hunderttausend wird ihr Ruf nach Gerechtigkeit den Nachhabern in die Ohren tönen. Auch unsere Frauen dürfen nicht zurückbleiben. Sie müssen dafür sorgen, daß alle Versammlungen überfüllt werden. Keine darf zu Hause bleiben. Alle müssen sich vereinen zum wichtigsten Protest gegen das Unrecht der brutalen Unterdrückung ihres Geschlechts. Gleiches Recht für alle, das sei am 12. Mai unsere Losung. Frauen, auf zum Kampf.

- Friedewalde bei Glatz (Blene Belt) nachmittags 2 Uhr. Redner: Genosse Zigor-Breslau.
- Päpeltitz bei Bräuer (Amortale), nachmittags 2 Uhr. Redner: Genosse Söber-Breslau.
- Schneidfeld bei Gnauert (fr. Barock), nachmittags 4 Uhr. Redner: Genosse Grunow-Breslau.
- Maria-Söfchen bei Frau Müller, vorm. 11 Uhr. Rednerin: Genossin Lawaß-Breslau.
- Groß-Woschn bei Schreier, nachmittags 3 Uhr. Redner: Genosse Beukert-Breslau.
- Gräbichen bei Ruppich, nachmittags 3 Uhr. Redner: Genosse Richter-Breslau.
- Hartlieb bei Weiser, nachmittags 2 Uhr. Redner: Genosse Schneidewind-Breslau.
- Zabelwitz bei Weidner, nachmittags 5 Uhr. Redner: Genosse Sont-Breslau.
- Deutsch-Pissa bei Fuhrmann, nachmittags 3 Uhr. Redner: Genosse Sont-Breslau.
- Neumarkt bei Freudenberger, nachmittags 2 Uhr. Rednerin: Genossin Behrens-Breslau.
- Waserwitz bei Raschner, nachmittags 5 Uhr. Rednerin: Genossin Behrens-Breslau.
- Schönwitz bei Hoffmann, nachmittags 3 Uhr. Redner: Genosse Kowalzig-Breslau.

Wie man franke Landarbeiter behandelt. Führt man die Agrarier reden, dann sollte man meinen, ihre Tagelöhner hätten es besser, wie die regierenden Herren. Da wird das parlamentarische Verhältnis zwischen der Gutsherrschaft und den „Leuten“ in den höchsten Tönen gepriesen; da wird der Wohlstand, die gute Ernährungsweise und besonders die liebevolle Behandlung der ostelbischen Landarbeiter bis in den Himmel erhoben. Daß die Wirklichkeit denn doch bedeutend anders aussieht, davon sind Beispiele genug aus Tagelöhnerge- sagten worden, und jeder Landarbeiter weiß ja schließlich auch selber am besten, wie herrlich es ihm geht. Diese armen und geplagten Menschen sind schon ein gutes Teil Entsetzung und Ekel gewöhnt und es muß sehr schlimm kommen, wenn es auch ihnen nicht wird. Wenn also aus diesen Kreisen hin und wieder ein Mensch an die Öffentlichkeit kommt, dann pflegt er auch sehr berechtigt zu sein. Wir haben deswegen durchaus keinen Anstand genommen, folgenden Klagebericht, der die traurigen Verhältnisse der armen Gutssklaven geradezu grell beleuchtet, Raum zu gewähren.

Auf dem Gute Pasterwitz bei Rothfärben, dessen Besitzer der königl. Kammerherr Dr. v. Vicres-Wikau ist, war bis vor kurzem der Werdenecht Wehla beschäftigt, der alle ihm aufgetragene Arbeiten stets zur Zufriedenheit der Landesverwaltung ausführte. Im vorigen Herbst verunglückte er, indem er bei dem beladenen Wägenwagen fiel, dessen Räder ihm über die Brust gingen. Damit hing seine Lebensgeschichte an. Der Herr Inspektor Lukaschke weigerte sich ganz entschieden, für den Verunglückten ärztliche Hilfe herbeizuholen zu lassen, und so war der arme Mensch gezwungen, sich auf eigene Kosten vom Schicksal auszuhelfen. Aber der Herr Inspektor ging noch bedeutend weiter. Er zog dem Kranken auch noch den Lohn für die Dauer der Krankheit ab. Den Unfall aber meldete er nicht, obwohl ihm sein Gutsherr als Doktor der Jura hätte sagen können, daß er zur Meldung verpflichtet war.

Im Februar verunglückte derselbe Arbeiter zum zweiten Male. Beim Holzfällen wurde ein Baum durch den starken Wind aus der Fällrichtung gedrückt und quetschte ihm den Unterarm. Er mußte sich nicht mehr aufstellen können. Man schaffte den Verunglückten in seine Wohnung, wo er nun wieder acht Tage lang ohne ärztliche Hilfe, ja überhaupt ohne Wartung und Pflege hilflos und verlassen liegen mußte, denn seine Frau und sein 14jähriger Sohn mußten selbstverständlich zu Hause gehen. Erst auf wiederholtes Bitten der Frau des Kranken ließ der Inspektor den Dr. Schüller aus Domsklau holen, der die sofortige Ueberführung in ein

Krankenhaus anordnete. Wahrscheinlich wurde dadurch ein noch weit größeres Unglück vermieden, denn was hätte darauf eintreten können, wenn der unglückliche Mensch ohne Pflege und Wartung in seiner elenden Hütte verblieben wäre? Als nun aber die Frau den Lohn ihres Mannes abgeben wollte, meinte der menschenfeindliche Inspektor: „Ihre Bekommen ist ein Lohn, denn ich mußte das Krankenhaus bezahlen.“ Ja, sogar der Frau und dem Jungen soll er je eine Woche Lohn ab, außerdem verweigerte er die Auszahlung des kontraktlich festgesetzten Auszahlungsbetrags, denn der Lohn des Kranken allein deckte die Kosten nicht.

Statt war der Knecht aus dem Krankenhaus entlassen, als er auch schon zu den schwersten Arbeiten herangezogen wurde, ohne irgendwelche Rücksicht auf seinen noch sehr schmerzhaften Zustand, da die Amschel noch stark geschwollen waren. So stürzte er denn einmal, als er neben seinem Fuhrwerk berging und als er wieder aufstand, kam der Inspektor hinzu, schimpfte und schlug den Knecht, warf ihn zu Boden und bearbeitete den Kläglichen mit seinem Stock. Als nun der Knecht und seine Frau gegen eine solche brutale Behandlung protestierten, beschimpfte der brave Mann auch die Frau in einer ganz gemeinen, nicht wiederzuerfindenden Weise. Schließlich deckte er noch seinen Hund auf den Gemüths- handelten, und dieser biß den Knecht in die Seite. Das war schließlich auch diesem geplagten und getretenen Menschen etwas zuviel. Er beschwerte sich beim Amtsrichter in Wiltschau und bekam dadurch das Recht, sich nach einer anderen „Verrichtung“ umzusehen. Der Herr Inspektor verweigerte aber die Herausgabe der Papiere, so daß sich der arme Knecht an unser Parteisekretariat wenden mußte, das ihm natürlich zu seinem Rechte verhalf.

Diese Darstellung des Lebensnemes eines Gutsarbeiters klingt so ungeheuerlich, daß sogar wir, die wir in dieser Hinsicht schon Manches gemöhnt sind, der Sache keinen unbedingten Glauben schenken wollten. Aber die bestimmten Aussagen von Augenzeugen, Gutsknechten usw., zwingen auch uns die Erkenntnis auf, daß es sich leider so verhält, wie wir es schilderten. So also leben die geprüften patriarchalischen Zustände Ostprens aus. Hunderttausende Arbeiter, fleißiger, gemüthlicher Menschen werden auf Grund einer geradezu mittelalterlichen Ver- einbarung den Landbesitzern ausbeutet. Diese Über- tragen einem möglichst „energischen“ und „umächtigen“ Inspektor die Verwaltung und dieser regiert nun mit Schindworte, Kräckel und dreistimmter Räder seine Untertanen. Möglich, daß in dem obenangeführten Falle der Herr Kammerherr Dr. von Vicres-Wikau seine Meinung davon hatte, wie wider ihm sein Inspektor in Pasterwitz vertrat. Sicher aber wäre es wohl besser, wenn er sich um diese etwas mehr gekümmert hätte. Ihm, als Dr. jur., wird es doch ohne weiteres einfallen, daß man schließlich auch einen kranken Landsklaven nicht noch schlech- ter behandeln darf, als einen rändigen Kettenhund.

Den Landarbeitern aber möchten wir dringend raten, sich eine solche Behandlung auf keinen Fall bieten zu lassen. Jeder Uebergriff muß energisch zurückgewiesen werden. Der arme Arbeiter muß sich nicht nur gegen die Gutsherrschaft, sondern auch gegen die Gutsherrschaften an, dann habt Ihr eine Kräfte, nie versagende Stütze gegen eure Unterdrücker und Ver- dränger. Ein für Alle und Alle für Einen, das muß auch eure Losung sein. Tausende Landarbeiter sind diesem Male schon gefolgt. Folgt Ihr ihm auch, dann werden solche niederdrück- igen Behandlungen kranker Gutsarbeiter nicht mehr vorkommen.

Achtung, Arbeiterfänger im Landkreis. Schon wieder müssen wir an die Bereitwilligkeit der Sängere appellieren. Die am kommenden Sonntag stattfindenden Frauerversammlungen sollen durch ein Lied eingeleitet und geschlossen werden, deshalb richten wir die Bitte an die Arbeitergesangsvereine im Landkreis, die in ihren Distrikten stattfindenden Versammlungen durch ihren Gesang zu verhöforn.

Ermittelung der Anbauflächen. Durch Bundesrats- beschluß vom 11. Mai 1904 ist zur Beschaffung einer richtigen Grundlage für die Berechnung der Ernteerträge angeordnet worden, daß im Mai jeden Jahres die Ermittlung der Anbauflächen von den für die Ernteberechnung in Betracht kommenden Frucht- und Kulturarten, als Winter- und Sommer- weizen, Winterweizen, Winter- und Sommerroggen, Sommergerste, Hafer, Kartoffeln, Klee, Luzerne und Wiesen, ferner auch von Wintererbsen, Sojen und Reben erfolgt.

Die Ermittlungskarten gehen, wie der Landrat mittelst den Gut- und Gemeinde-Vorständen in diesem Jahre früher als in den Vorjahren zu, da höheren Orts beabsichtigt wird, in Zukunft schon vor der Ernte und dem Erbruche der Halmstücke und vor der Kartoffelernte den voraussichtlichen Gesamttrag an Körnern und Knollen nach den Schätzungen der landwirtschaftlichen Vertrauensmänner und dem Anbau berechnet zu erfahren.

Krankheitsbericht. In der Woche vom 28. April bis 5. Mai 1912 erkrankten an Scharlach in Herrnhut zwei Personen. Es starb an Tuberkulose in Groß-Woschnern eine Person.

Weide. Chausseeperierung. Wegen Umbau der Breslau - Nawitscher Provinzial-Chaussee im Dorfe Weide von Stat. 68 - 70 + 23 in Kleinpflaster wird diese vom 10. Mai ab auf vier Wochen ganz gesperrt.

Carlswitz. Im Stalle des Fleischermeisters Sander in Carlswitz ist Schweinepeste ausgebrochen. Die Stall- und Ge- höfisperre ist vom Amtsvorsteher angeordnet worden.

Tschauhelwitz. Nachdem hier die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen erloschen ist, sind die angeordneten Sperremaßnahmen vom Landrat aufgehoben worden. Der Kreis ist nunmehr frei von Maul- und Klauenseuche.

Genossenschaftliches.

Die Umsätze der Großeinkaufsgesellschaften im Jahre 1911. Das „Internationale Genossenschaftsbulletin“ teilt jetzt die Umsätze von 17 Großeinkaufsgesellschaften im verfloffenen Jahre mit. An der Spitze steht, wie üblich, die englische Großeinkaufsgesellschaft, die einen Umsatz von rund 580 Millionen Mk. erreicht hat. Der gesamte Umsatz der 17 Großeinkaufsgesellschaften beträgt 894 Millionen Mark. Die englische Großeinkaufsgesellschaft hat also einen größeren Umsatz als sämtliche andere zusammen. Auf die englische Großeinkaufsgesellschaft folgt die schottische, allerdings mit ziemlich weitem Abstand. Ihr Umsatz belief sich auf 157 Millionen Mark.

An dritter Stelle steht wieder die deutsche Großeinkaufsgesellschaft mit einem Umsatze von rund 110 Millionen Mark. Von den anderen Großeinkaufsgesellschaften seien noch die dänische mit 65 Millionen Mark genannt und die schweizerische mit 26 1/2 Millionen Mark. Die Großeinkaufsgesellschaften mit den großen Umsätzen, die englische und schottische, die bereits seit vielen Jahren arbeiten, können natürlich nicht mehr mit verhältnismäßig großen Zunahmen prunken, denn ihnen ist es unmöglich, noch Neuland zu erschließen. Aber auch die fünfprozentige Umsatzvermehrung der englischen Großeinkaufsgesellschaft ergibt noch immer 26 1/2 Millionen Mark, das ist mehr als der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft des Verbandes schweizerischer Konsumvereine.

Recht erheblich ist die Umsatzvermehrung der deutschen Großeinkaufsgesellschaft. 21 Millionen Mark hat sie im letzten Jahre mehr umgesetzt als im Vorjahre. Sie erreicht mit der gesamten Höhe ihrer Umsatzzunahme fast die englische Großeinkaufsgesellschaft. Auch mit der verhältnismäßigen Höhe steht sie so ziemlich an der Spitze, wenn man von einigen Großeinkaufsgesellschaften abläßt, die sich noch in der ersten Entwickelungsphase befinden und ihre Umsätze deshalb rasch vermehren. Wenn die Entwicklung der deutschen Großeinkaufsgesellschaft in weitergeht, wird sie bald an zweiter Stelle rangieren.

Genossenschaftlicher Redakteur: Paul Olschky. — Redaktion und Druckerei: Neue Genossenschaft 7. — Verlag der „Breslauer“, G. m. b. H., am 1. d. M. 1912. Dr. Schüller, G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Druck: G. Schüller.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Mai.

Geschichtskalender.

9. Mai.

- 1760 Graf Nikolaus Ludwig von Zinzendorf, Stifter der Brüdergemeinde, in Herrnhut †.
- 1805 Friedrich von Schiller in Weimar †.
- 1813 Der Bildhauer Gustav Bläser in Düsseldorf †.
- 1813 Der Maler Anton von Werner in Frankfurt a. O. †.

Die Breslauer Polizei im Landtage.

Gegen Ende der Etatsberatung im preussischen Abgeordnetenhaus mußte Herr v. Dallwitz, der Minister des Innern, noch einmal Spektakel spielen für die Ruhmeslilien seiner Breslauer Polizei. Neben den Unflügen des Abg. Müller-Meinungen im Reichstage, machte ihm die gut substantiierten Beschwerden unseres Genossen Strich und des Polen Korjantow arges Kopfschütteln. Unser Medner brandmarkte während der Sitzung von Begraditz die Breslauer Polizei, das gegen die Berliner Freie Volksbühne gerichtete Verbot des Kosenow'schen Arbeiterdramas und die Verurteilung zu Unrecht des Witalliedertitels des Transportarbeiterverbandes durch die Essener Polizei zur Demoralisation organisierter Arbeiter. Der Minister antwortete auf diese letzte, bei unserer Pressefreiheit garnicht zu qualifizierende Sache überhaupt nicht und hier kann man wahrlich sagen, daß keine Antwort auch eine Antwort ist. Auch über das Verbot des Herrn v. Nagow äußerte er sich lieber nicht und die Stimpfung der Breslauer Polizeikarte gegen Zeichenbegünstigte hatte wenigstens den Erfolg, daß der Minister erklärte, eine Anordnung der Zentralstelle, so vorzugehen, liege nicht vor, woraus man, wenn man will, doch eine leise Abschüttelung herauslesen kann. Mit Bezug auf unsere Breslauer Vorkommnisse führte der Abgeordnete Strich aus:

„Zunächst zu dem Kampf der Breslauer Polizei gegen die roten Franzschleifen bei Zeichenbegünstigten. Sollen Sie uns nicht in der zweiten Lesung das Wort abgeben, so müßte ich das nicht jetzt nachtragen. In den letzten Jahren haben sich in Breslau wiederholt Fälle ereignet, wo Polizeibeamte bei Zeichenbegünstigten von Sozialdemokraten in den Zug der Verhaftenden eingebunden sind und die roten Schleifen mit Gewalt fortgenommen haben. Es ist geradezu gang und gäbe in Breslau, daß Polizeibeamte in die Trauerzüge hineinspringen und zur Herausgabe der Franzschleifen anfordern. Wenn sich die Franzträger weigern, werden sie festgenommen und mit Strafmanteln bedeckt. In einem Falle wurde einem mein Parteigenossen von dem Polizeikommissar auf seine Frage geantwortet, dieses Vorgehen geschehe infolge einer ministeriellen Verordnung. Deshalb frage ich den Minister, ob er in der Tat den Polizeiverordnungen ein so rückwärtsloses, rohes Eingreifen angeordnet hat oder nicht. Die Polizei müßte sich bei ihrem Vorgehen auf den § 7 des Vereinsgesetzes, wonach Zeichenbegünstigte, in denen rote Schleifen mitgeführt werden, als öffentliche Aufsätze angesehen werden sollen. Das ist aber beim besten Willen nicht möglich, denn ein Zeichenbegünstigter ist kein Aufsatz. Oder wird etwa ein gewöhnliches Zeichenbegünstigter durch die Mitführung roter Schleifen zu einem ungewöhnlichen? Hier in Berlin haben wir große Zeichenbegünstigte bekannter Sozialdemokraten unter sehr starker Bewachung, unter Bewachung von Zehntausenden Leidtragender und unter Mitführung tausender von roten Schleifen gehabt. Dabei ist nichts passiert — aber in Breslau scheint man es darauf abgesehen

zu haben, die Leute zu zerkleinern und diejenigen, die sich noch nicht zur Sozialdemokratie bekennen, durch solche Gewaltmaßnahmen zum Nachdenken über den Polizeistaat zu bringen. (Zehr gut! bei den Zeh.) Es ist traurig, daß die Polizei, die doch dazu ist, die Ordnung aufrechtzuerhalten, selbst die Ordnung in der Sache in ihrer Weise stört. Der Vorwurf trifft nicht die untergeordneten Organe, die muß tun, was ihnen befohlen wird, aber es scheint mir, ein planmäßiges Vorgehen von oben angeordnet zu sein. Vielleicht bei dem Begrüßnis des alten Demokraten Ehn wurde mein Parteigenosse Löbe, als er in der Zeichenhalle einen Nachruf sprechen wollte, von der Polizei gewaltsam verhindert. (Hört, hört! bei den Zeh.) Das ist ein völlig ungesetzliches Vorgehen, denn die Versammlung in der Zeichenhalle, also in einem geschlossenen Raum, wird durch keinerlei gesetzliche Bestimmung getroffen. Schon die Unwesenheit des Polizeikommissars war ungesetzlich und eigentlich hätte die Kirchgemeinde von ihrem Recht Gebrauch machen und den Polizeikommissar zum Verlassen der Halle auffordern müssen. (Zehr richtig! bei den Zeh.) Hat Löbe versucht, eine politische Rede zu halten, so wäre die Versammlung eine unangewiesene öffentliche politische Versammlung geworden, deren Veranstalter sich zwar strafbar machen, die aber tagen darf und in der die Polizei nicht das Recht hat einen Redner durch Gewalt am Sprechen zu hindern. (Zustimmung links) Es dürfte also gar kein Zweifel an dem ungesetzlichen Vorgehen der Breslauer Polizei. (Beifall links.)

Auf diese kräftigen und deutlichen Ausführungen antwortete Minister v. Dallwitz recht schwach:

„Eine Anordnung der Zentralstelle über das Eingreifen der Polizei gegen rote Franzschleifen liegt nicht vor. Die Breslauer Polizei stützt sich offenbar auf Entscheidungen des Reichsgerichts und es kann ja nicht bestritten werden, daß durch diese Urteile mit roten Schleifen ein Zeichenbegünstigter unter Umständen ein politischer Demonstrationsgenosse wird. Es ist ja bezeichnend, daß von der Sozialdemokratie selbst so ernste Anläufe, wie eine Zeichenfeier, zu politischen Demonstrationen benutzt wird.“

Wenn schon eine Verteidigung in diesen Worten des Ministers liegen sollte, so klingt sie jedenfalls nicht sehr begeistert und läßt die Verantwortung ziemlich ab. Das stenographische Protokoll darüber wird ja das Nähere lehren.

Im Anschluß daran sei nur bemerkt, daß die Beschlüsse des Genossen Löbe wegen des ungesetzlichen Eingreifens der Polizei in die Zeichenfeier des Genossen Ehn bis heute — neun Monate nach ihrer Entscheidung — trotz Mahnungen nicht erledigt ist. Ueber diese Verleumdung schwiege sich auch der Minister aus. Er wird aber schon reden müssen!

Laßt Euch naturalisieren!

Auch in Breslau gibt es eine ganze Anzahl Gewerkschaftler und Parteigenossen, die seit Jahren hier wohnen und Steuern zahlen, aber bei Stadtverordnetenwahlen und Landtagswahlen nicht wählen dürfen, weil sie keine Preußen sind. In der General-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins am Mittwoch ist mit Recht betont worden, alle diese Genossen, die einem anderen Bundesstaate angehören (Sachsen, Bayern, Württemberg etc.) sollten sich sofort naturalisieren lassen, damit sie schon im Herbst 1912 an den Stadtverordnetenwahlen teilnehmen dürfen. Die „Ausländer“ haben nur nötig, an den Regierungs-Präsidenten von Breslau zu schreiben, und zu ersuchen, in den preussischen Staats-

verband aufgenommen zu werden. Kosten entstehen dadurch nicht. Das Naturalisieren von Sachsen, Bayern etc. ist nicht zu verwechseln mit der Aufnahme von Oesterreichern, Russen etc., wofür die Stempelkosten 150 Mk. betragen.

Die Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins

hat seit der Drucklegung des letzten Katalogs nachträglich im August 1910 ihren Vorrat um fast 600 Bücher sorgfältig ausgearbeitet. Werke belehrender und unterhaltender Art durch Ankäufe und Geschenke vermehrt. Die so sehr feststehende Herstellung eines weiteren gedruckten Katalogs muß zunächst unterbleiben, weil in dem neu zu erbauenden Gewerkschaftshause unsere Bücherei grundlegend reorganisiert werden muß. Dann soll ein neuer Katalog herausgegeben werden, der die Nachträge überflüssig macht. Inzwischen können die Leser über die Neuaufstellungen, die wir ganz besonders empfehlen, aus dem vorhandenen handschriftlichen Katalog und durch Auskunft der Bibliothekare die nötige Information erhalten.

Wir nehmen hierbei Gelegenheit, unsere Genossen wiederholt um größere Schonung der Bücher und um deren pünktlichere Ablieferung zu ersuchen. Besonders dort Kinder, welche die Bücher unverpackt zum Umtausch bringen und durch zu geringe Sorgfalt und Sauberkeit kommen die ärgsten Beschädigungen vor, durch welche wir wertvolle Bücher der Vernichtung anheimfallen. Wir meinen, daß es Ehrensache aller Genossen und Genossinnen ist, unseren Büchern und würdig zu pflegen und zu erhalten und an die hohen Werte zu denken, welche damit angelegt sind. Ein gut gehaltenes und geschontes Buch kann vielen jahrelang Genuß und Belehrung schaffen, während auch nur geringe Nachlässigkeit schon nach kurzer Zeit diesen schönen Zweck vereiteln und die Bibliothekare zwingen, aus den schwer verdienten Beiträgen der Arbeiter neue Neuaufstellungen zu machen.

Darum sollen alle Leser daran denken, daß es ihr Eigentum ist, dem sie Schonung, Sauberkeit, Pflege und Sorgfalt schulden.

Die unpunktlichen Ablieferungen sind ein zweiter Uebelstand, dem abgeholfen werden muß. So mancher lethargische und feige Genosse muß die Geduld verlieren, wenn er durch die Nachlässigkeit anderer Monate lang auf bestellte Bücher wartet. Außerdem entzieht der Verwalter durch die nötig gewordenen Mahnungen eine überflüssige Arbeit, die zu besseren Zwecken verwendet werden kann. Die freie Zeit von 6 Wochen ist doch gerade lang genug und wird in keiner anderen Bibliothek gewährt. Darum appellieren wir nochmals herzlich und dringend an viele der Leser, mehr Pünktlichkeit und Sorgfalt.

Die Bibliothekare des sozialdemokratischen Vereins.

Vom „Terrorismus“ der organisierten Arbeiter.

Auf Neubauten ist es allgemein üblich, daß der Baubezirk die beschäftigten Arbeiter von Zeit zu Zeit fragt, ob sie dem Verbandsangehörigen. Wer nicht Mitglied ist, wird eingeladen, die Versammlungen zu besuchen und später Mitglied zu werden. Der Bauarbeiter August Wittmann, der auch gefragt wurde, gab nicht nur einmal, nein stets die Antwort: „Ich bin Mitglied des Bauarbeiterverbandes.“ Bei einer im November 1911 vorgenommenen Prüfung der Verbandsmitgliedschaft stellte es sich heraus, daß Wittmann keine organisierten Kollegen belogen hatte; er war in Wirklichkeit nicht organisiert. Am Abend des 20. November traf Wittmann mit

Breslauer Schauspielhaus.

„Der fidele Bauer“ von Leo Fall.

Als Schicksalströcher setzte Herr Plank am Dienstag sein Basspiel fort. Das Haus war recht schwach besucht, spendete aber den Darstellern überaus lebhaften Beifall. Herr Plank darf diese Rolle zu seinen besten Darstellungen zählen; er wirkt damit um so eindringlicher, weil er sich zu keiner Uebertreibung hinreißen läßt. Der Vortrag des einfachen Liedes im zweiten Akt macht ihm so leicht keiner nach. Stürmische Parteeit wecken wieder die beiden Terzett-Couplets im zweiten und dritten Aufzuge. Sehr wirksam unterstützt wurde der Gast durch Herrn Brandl, welcher früher Herrn Planks Partie spielte und gestern den Lindoberer mit durchschlagender Komik gab. Die übrigen Mitwirkenden, deren Leistungen aus früheren Vorstellungen bekannt sind, trugen das ihrige zum Gelingen des Abends bei.

S. W.

Aus dem Reiche der Technik.

Vom größten Bahnhof der Welt. Der neue Leipziger Hauptbahnhof, das Riesensymbol unseres Verkehrszeitalters, wurde kürzlich seiner Bestimmung übergeben. Für die ganze Bahnhofsanlage, die erst im Jahre 1915 in ihrem ganzen Umfange fertig sein wird, betragen die Baukosten 135 Millionen Mark.

Ein automatisches Eisbergsignal für Seebahnen. Wie aus Kopenhagen berichtet wird, hat ein dänischer Erfinder, Herr Elshammer, eine Erfindung gemacht, die, wenn sie hält, was der Erfinder sich von ihr verspricht, viel dazu beitragen könnte, Katastrophen, wie die der „Titanic“, so gut wie unmöglich zu machen. Herr Elshammer will nämlich einen Apparat erfunden haben, der es einem Seebahnen ermöglicht, einen Eisberg, eine Klippe oder ein ähnliches Hindernis in einer Entfernung von 1200 Metern festzustellen, und zwar selbst in tiefster Finsternis oder dichtem Nebel, wenn man keinen Meter weit sehen kann. Ja noch mehr: der Apparat soll zugleich imstande sein, die genaue Lage und selbst die Größe des dem Schiffe drohenden Hindernisses festzustellen. Der Erfinder sagt: „Gäbe die „Titanic“ meine Erfindung an Bord gehabt, so würde der Apparat ganz einfach gemeldet haben: Eisberg dort und dort, von dem und dem Umfang und der Zusammenstoß wäre vermieden worden.“ Natürlich macht Herr Elshammer über die Konstruktion noch keinerlei Mitteilungen, da, bis die Patente erteilt sind, strenges Geheimnis darüber wahren werden muß.

Inmerhin verdient bemerkt zu werden, daß der Kopenhagener Professor für Schiffsbaukunst, Herr Karl Hansen, sich über die Erfindung in günstigem Sinne geäußert hat.

Vom neuen Fundament in Nauener. Die Projekte und Pläne für die Errichtung eines neuen eisernen Fundamentes in Nauener unterliegen gegenwärtig eingehender Prüfung und Erwägung. Es ist ein von dem früheren Turmbau abweichendes System mit größerer Stabilität in Aussicht genommen, und zwar soll der Turm eine Höhe von 250 Metern erhalten, also 50 Meter höher als der alte Turm werden. Inzwischen wird an Stelle des eingestürzten Eisenbaues ein provisorischer Fundament aus Holz von 50 Metern Höhe errichtet. Dieser Rohbau soll lediglich die Möglichkeit bieten, mit einem Telefunkenkongress, der in einigen Wochen in England zusammentritt, Telegramme auszutauschen zu können. Im übrigen sollen später bezüglich Leistung der elektrischen Wellen durch die Erde eingehende Versuche angestellt werden.

Eine Uhr aus Glas. Eine Uhr, die außer der Zug- und Spiralfeder vollständig aus Glas hergestellt ist, hat ein in der Theresienhaller Kristallglasfabrik von Brünner beschäftigter Glaschleifer, namens Josef Wayer aus Zwettl, verfertigt. Gehäuse, Zifferblatt, Zeiger und Nadelwerk sind aus reinem Kristallglas geschliffen. Infolge der peinlich genauen Ausführung hat die Uhr einen absolut sicheren Gang. Das Gehäuse hat eine Höhe von 40 Zentimeter und eine Breite von 17 Zentimeter. Oben ist in einer Höhe von 16 Zentimeter das Porträt des Regenregenten in Glas eingraviert. Das Kunstwerk ist für den Preis von 2500 Mark veräußert, ein außerordentlich hoher Preis im Hinblick auf die ungewöhnlich schwierige Arbeit. Wünschenswert wäre es, wenn dieses Kunstwerk deutschen Gewerbeselbstes im Lande bliebe und nicht irgend ein amerikanischer Raub es über den Ozean entführte.

Aus aller Welt.

Juwelen, die keine sind.

Der „Kamerläd“ des Juwelenschäfers, den besonders indische Menschen im Nachhinein des kürzlich verstorbenen Pfarrers a. D. Wiebe gefunden haben wollten, wird in einem großen Maßstab beschaffen. Es las sich sehr schön: kostspielige Brillanten, Smaragde, Türkisen, Opale und Topaze, aber — die ganze Geschichte ist nicht wahr. Und das ist das einzige Wahre an dem Juwelenschäfer des Pfarrers Wiebe. Von Millionenstücken nur zu sprechen, ist auf die Dauer unfruchtbar. Sie müssen schließlich zu Geld gemacht werden.

Zumindest mußte man erfahren, wie viele Millionen für der Schatz zu haben sind. Also begab sich der Nachlassverwalter zu einem Juwelier und hatte geschaut der Ziffern, die da kommen sollten. Aber es kamen keine. Es fiel dem Juwelier gar nicht ein, einzulassen zu sein. Die kostbaren Perlen zerbrach er in der Hand. Die Juwelenschätze zerlegte dem Juwelier ein herzliches Lachen ab. All die schönen Steine, die geschmiedeten Ketten — Pfarrer Wiebe hat zu noch mehr? Und neue Steine kamen, neue Brillanten und wieder Ketten, aber der Juwelier rechnete und rechnete nochmals... und rechnete die statliche Summe von kaum zweihundert Mark heraus!

Das dankbare Vaterland. Vergessen war das Vermögen unserer Partei, den armen Invaliden durch die neue Reichsversicherungsgesetzgebung eine höhere Rente zu sichern. Es war kein Geld dafür da, wenn man auch anerkennen mußte, daß man mit der hohen Rente von 16 Mark pro Monat keine Familie in den teuren Zeiten ernähren kann. Die Vermissten mußten eben weiter hungern und sehen, daß hilflose Leute für sie den Bettelstab schwingen.

Da lesen wir in der „Frankfurter Zeitung“ einen Beitrag eines Landpfarrers mit folgendem Text:

Wer hilft einem 61 Jahre alten Mann, der wegen seiner Schwerhörigkeit keine Arbeit finden kann und der bei seiner Sturzlichtigkeit sich wöchentlich nur 1 Mark durch Klüppeln verdienen kann? Er bezieht monatlich eine Rente von 11,25 Mk. Augenblicklich ist er in der allergrößten Not. Es ist ihm eine Hypothek von 500 Mark zur Rückzahlung gekündigt worden. Er weiß nur in seiner völligen Mittellosigkeit nicht, wie er diese Summe aufbringen soll. Dem Manne könnte geholfen werden, wenn einige vermögende Menschenfreunde sich seiner halbvolles annehmen würden. Günstig ihm zugeachtete Gaben nimmt entgegen

H. Schneider, Pfarrer, Grumbach b. Jöhstadt i. Erzgebirge.

Im Lande der Sozialpolitik“ erhält ein 61 Jahre alter Invalid also ganze 11 Mark und 25 Pf. Rente pro Monat ausgezahlt. Und angesichts dieser Hungerlöhne entblößen sich unsere herrschenden Klassen, denen die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte eine schier herausragende Fülle des Reichums eingebracht hat, nicht, von einer „Invalidentrente“ zu sprechen, die den Arbeitern ein „fortgesetztes“ Leben sichern soll. Für neue Millionen zu Waffeln und zu Lande sind ungezählte Millionen vorhanden. Für die Invaliden

dem Bauratgeber Behisch aus Artern in einer Restauration zu... Behisch wurde von Wittmann zuerst angeprochen, worauf sich dieser weigerte mit den Worten: 'Du kümmerst dich wirklich um mich, keine Arbeitstollen so zu beschuldigen, ichere dich um was? Was ist mit Wittmann? Er ging zur Polizei und machte eine Strafanzeige wegen Körperverletzung. Zur Verhandlung vor dem Schöffengericht war fernerezt dt. Tochter des Restaurateurs als Zeugin geladen. Wittmann gab an, sie hätte gesehen, wie ihn Behisch an jenem Abend ins Gesicht schlug. Nach Angabe des Wittmann soll das Mädchen sogar gesagt haben: 'Aber Herr Behisch, schlagen Sie doch den Mann nicht!' Nach Verlesung des Urteils erklärte die Zeugin damals: 'Ich erinnere mich wohl, daß Behisch und Wittmann am Abend des 20. November im Lokal meines Vaters waren, ich habe aber nicht gesehen, daß Behisch den Wittmann geschlagen hat.' Trotzdem hielt Behisch seine unwahrscheinliche Behauptung aufrecht. Das Schöffengericht hielt die Christin, trotz der Zeugnis, die nichts dazu aussagen wußte, als erwiesenen. Behisch wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt, obwohl der Anklagevertreter zu Markt Geldstrafe beantragt hatte.

Mit der Verurteilung des Angeklagten hatte sich am Dienstag die hiesige erste Strafkammer zu beschäftigen. Die Verurteilung ergab im wesentlichen denselben Sachverhalt, wie vor dem Schöffengericht. Rechtsanwalt Wandmann wies auf das Unrichtige und Unvollständige der Wittmannschen Aussagen hin. Das Verurteilungsgericht verwarf jedoch die Verurteilung. Ursprünglich war Behisch wegen Verlebens gegen § 151 der Gewerbeordnung angeklagt. Die Verurteilung erfolgte jedoch aus § 223 Str.-G.-B. (einfache Körperverletzung). Bemerkenswert ist, daß der Vorsitzende das Urteil damit begründete: 'Einfachungsmaß brauchen die zu Geldstrafen verurteilten organisierten Arbeiter die Strafen nicht aus der eigenen Tasche zu bezahlen. Das Gericht hat deshalb auf Gefängnisstrafen erkannt, zumal die Arbeitswilligen gegen Terrorismus wirksam geschützt werden müssen.'

Wir können dazu nur sagen, was wir schon wiederholt bemerkt haben: einen Reichen trifft eine Geldstrafe niemals sehr empfindlich, und trotzdem ist es noch keinem Gerichtshof eingefallen, einen reichen Händler, weil er reich ist ins Gefängnis zu stecken.

Bäckermeister gegen Konsumvereine.

Aus dem Kreise der Bäckergehilfen wird uns zu dieser Frage geschrieben:

Unter den Hauptgeheimnissen, die die Konsumvereine mit Gout und Glauben vertrieben, finden wir an erster Stelle die Herren Bäckermeister. Trotz der vielen gelegentlichen Vorwürfen, die im Laufe der Jahre zugunsten des Handwerks erhoben wurden, summieren die Bäckergehilfen fortwährend über Verdrüssung, der sie angeblich ausgeht.

In den Konsumvereinen haben die Bäckermeister ihren schlimmsten Feind. Nur übersehen diese Herren bei ihrem Klammereifer meistens, daß sie selbst Schuld daran sind, wenn der verteilte arbeitende Großbetrieb ihnen den Boden unter den Füßen wegzieht. Würden diese Handwerker ihre bekannte Mächtigkeitsabsicht und sich mehr den Zeitverhältnissen anpassen, so brauchen sie weniger zu schreien um gelegentlichen Schutz. Gerade im Widergerichte, wo das Kapital sich noch nicht in dem Maße breit macht, wie in den meisten anderen Betrieben, ist der Beweis erbracht, daß ein gut geleiteter Kleinbetrieb sehr wohl noch sein Feld behaupten kann. Beweise dafür sind unter anderem auch in Breslau vorhanden.

Statt in jeder ihnen zur Verfügung stehenden Zeitung fortwährend Artikel und Resolutionen gegen die Konsumvereine loszulassen, sollte man den Bäckermeistern zunächst mal belehrende Artikel über Einführung und Preisbestimmung bieten.

Weiterdings macht wieder einmal eine von den Bäckermeistern an den preussischen Landtag gerichtete Eingabe gegen die Konsumvereine die Runde durch die Mittelstandsblätter. Die Herren verlangen, ähnlich wie schon der Antrag des konservativen Bäckermeisters Hammer, eine Erdbestimmung neuer gegen die Konsumvereine. Für die Zukunft soll eine Sonder-Konsumsteuer eingeführt werden. Ferner soll den Konsumvereinen verboten werden, das in eigenen Bäckereien hergestellte Brot auch an Nichtmitglieder zu verkaufen.

Nachdem die Bäckermeister schon früher in einer Eingabe an den Bundesrat eine Verordnung forderten, wonach Brot und Backwaren nur in gesonderten Räumen gelagert und verkauft werden dürfen, haben sie jetzt, als sie mit ihrem Ansuchen abbligten, erneut eine solche Eingabe an den Bundesrat gerichtet. Alle man will mit Hilfe der Gesetzgebung die Konsumvereine zwingen, nur im Laden des Bäckermeisters den Bedarf an Backwaren zu decken, denn nach Ansicht dieser Herren bietet nur der Laden des Bäckermeisters eine Sicherheit für saubere Lagerung und Verkauf. Es dürfte eine ganze Anzahl Leute geben, die darüber anderer Meinung sind. Mit die-

ser Maßnahme denkt man den Konsumvereinen den Brotverkauf zu unterbinden. Daß eine solche Vorschrift und auch das Verbot der Konsumvereine, selbstproduzierte Backwaren an Nichtmitglieder zu verkaufen, die Gewerbetreibende über den Kaufwerkler würde, kümmert diese Herren anscheinend nicht.

Die Bäckermeister merken nicht, wie wenig folgerichtig es ist, wenn man den ärmeren Schichten, — denn um diese handelt es sich doch vorwiegend in den Konsumvereinen — den Zutritt zum gemeinsamen Einkauf verbietet, während man selbst Einkaufsgenossenschaften gründet und unterstützt. Wie steht es aber damit gerade unter den Handwerkern und Kleinhändlern? Genossenschaften aller Art an den verschiedensten Orten, und in den Vereinigungen immer von neuem der Ruf nach Gründung von Genossenschaften. Also auf der einen Seite möchte man es verboten haben, weil man dabei selbst ins Gedränge kommen könnte, und auf der anderen Seite macht man das selbst, fragt aber nicht danach, ob nicht etwa andere, die ebenfalls eine Berechtigung zum Erhalten haben, dabei ihre Erlöse beraubt werden können. Wie in so vielen Handwerkfragen, findet man auch in der vorliegenden, daß sich die Handwerker um, durch ihr nicht konsequentes Verhalten von vornherein die Unterstützung weiterdenkender Männer und Kreise verweigern.

Man weiß nicht recht was man dazu sagen soll, wenn man in einem Verammlungsbericht im Anschluß an eine Klage über die Ueberhandnahme der Konsumvereine weiter über, daß der Antrag:

1. nach Kräften für eine Einschränkung der bestehenden Einkaufs- und Vereinigungen der Konsumenten einzusetzen, und
2. mit allen Mitteln die Gründung der Einkaufsgenossenschaften für die Mitglieder anzufördern.

einmütig angenommen wurde

Ueber was soll man sich mehr wundern, über die Ueberhebung die in der freien Voraussetzung des eigenen Rechts zum Ausdruck kommt, oder über die so naive niedrige Einschätzung der für die Forderung unter 1 in Frage kommenden Kreise? Dem einen, natürlich dem anderen soll es verboten werden, für sich selbst will man natürlich die Berechtigung beanspruchen.

Es wird dann weiter ausgeführt, daß von zehn Genossenschaften des gemeinlichen Mittelstandes neun sind, durch die andere Mitbürger ihrer Erlöse beraubt werden. Die Fälle wo die Gründung einer Genossenschaft des Mittelstandes wirklich einem Bedürfnis entspricht, seien sehr selten. Leben und Leben lassen. diesen Grundgedanken muß man in erster Linie selbst beachten, ehe man ihn von anderen begehrt wissen will, erst dann kann man seine Forderungen zum Schutze des eigenen Standes mit Berechtigung durchsetzen, erst dann findet man auch die nötige Unterstützung.

Die führenden Geister der Breslauer Bäckermeister, die erst vor kurzem in ihrer Bescheidenheit verlangten, den Konsumvereinen die Eigenproduktion einfach verboten werden, lesen sich viellecht einmal recht genau den Artikel des eben genannten Handwerkerblattes durch. Wie würde dieses Handwerkerblatt erst über die Breslauer Bäckermeister berichten, wenn es wüßte, daß viele dieser Herren im alten Breslauer Konsumverein Mitglieder sind und dort ihre Kolonialwaren kaufen! Ja Wauer, das ist etwas anderes! Der Zweck dieser Zeilen soll sein, die Konsumenten, vor allem die Arbeiter, auf diese Konsumvereins-Gegner aufmerksam zu machen. Wenn auch angenommen werden muß, die meisten der von diesen Handwerksvertretern gestellten Anträge und Eingaben sind undurchführbar, so heißt es doch, mehr als je auf dem Boken sein.

Bekanntlich wurde kürzlich im preussischen Landtage in erster Lesung ein Mittelstandsantrag angenommen, wonach bei Konsumvereinen jede den Mitgliedern als Rabatt oder Kundengewinn gewährte Rückvergütung als steuerpflichtiges Einkommen betrachtet wird. Daraus ericht man, wie stets wieder verjährt wird, aus der Saar des Armen Riemen zu schneiden. Hiergegen gibt es nur ein Mittel, die Konsumvereine vor den immer lauter schreitenden Mittelständlern zu schützen, und das ist der Beitritt

zu den Konsumvereinen. Zu unserer Freude sehen wir gerade in den letzten Monaten, wie das Konsumvereine, wesen in Schlesien kräftig emporblüht.

Es sei an dieser Stelle auf den Konsum- und Sparverein 'Vorwärts' in Breslau hingewiesen, der in der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestehens an Entwicklung hat. Aber weit mehr könnte den Mitgliedern geboten werden, wenn die vielen noch absetzenden Arbeiter oder deren Familien die Mitgliederchaft in Konsum- und Sparverein 'Vorwärts' erwerben würden, und das umsomehr, da doch mit der Einzahlung von 50 Pfg. Eintrittsgeld jeder vollberechtigtes Mitglied wird. Aber nicht nur die Zahl der Mitglieder macht einen Konsumverein leistungsfähig, nein, die gesellschaftliche Treue, das heißt, jedes Mitglied muß alle Waren in seinem Konsumverein kaufen. Dann werden wir aber bald den Gegnern des Konsumvereins die rechtliche Antwort geben können.

* 25 Jahre Professor. Auf eine 25 jährige Tätigkeit als akademischer Lehrer konnte am 7. Mai der Vertreter der Zoologie und vergleichenden Anatomie und Direktor des zoologischen Instituts und Museums an der Universität Breslau Dr. phil. Wilh. Klenckhals zurückblicken. Der angegebene Gelehrte wirkte im Wintersemester 1911/12 als Austauschprofessor an der Harvard-Universität in Cambridge. Er steht im 52. Lebensjahre.

* Große Schmetterlingsammlung. Der verstorbenen Fabrikbesitzer Dr. W. Wislitzki hat bekanntlich dem Breslauer Zoologischen Museum seine Schmetterlingsammlung geschenkt, die als die schönste und eine der allergrößten Sammlungen europäischer Schmetterlinge gilt. Um die Beschichtung der Sammlung, deren ständige Schauausstellung aus mancherlei Gründen nicht angeht, weiteren Kreisen zu ermöglichen, soll sie, wie gemeldet wird, in der nächsten Zeit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und zwar so, daß zur Zeit der öffentlichen Besichtigung (Sonntag von 11 Uhr und Mittwoch von 2-4 Uhr) je 24 Stücken in den Vorkabinen des zugehörig anatomischen Saales untergebracht werden. Die Ausstellung, die im ganzen etwa ein Vierteljahr dauern wird, beginnt Sonntag, den 12. Mai, und mit jedem Sonntag tritt ein Wechsel der ausgestellten Kästen ein.

* Der Verein der Markthallenstaubinhaver beschloß sich am Montag Abend in einer Verammlung mit einigen Uebelständen im Gewerbe. So ist seit einiger Zeit auf dem hiesigen Frühmarkte der Verkauf nach Gewicht eingeführt. Da soll es vorkommen, daß einige Kräuter die Händler überverteln, indem sie auf den Kräutern wohl das Sollgewicht vermerken, tatsächlich aber einige Pfund weniger liefern. Die amtliche Waage in der Elisabethstraße ist den Händlern aber kaum zugänglich, da sie sich in einem verschlossenen Raum befindet und der beauftragte Beamte selten anzutreffen ist. Außerdem sind für ihre Benutzung noch 6 Pfg. zu entrichten. Zu einer Eingabe an den Polizeipräsidenten soll gefordert werden, daß jeder Kräuter eine geeichte Waage mit sich führen muß. Auch soll die Polizei bei den Kräutern häufig Stichproben vornehmen. Endlich wäre auch eine Revision der Straßengebühren notwendig, wenn unsere Hallen nicht bald ganz leer stehen sollen. Auch wird die Besetzung des wilden Bauhandels gefordert. Die Verlegung der Straßenbahnhaltestelle vor der Markthalle II wird dringend gewünscht, da sie den Hallenverkehr schädigt.

* Vergehen im Amte. Der Aufseher im Polizeigefängnis Otto Wittmann in Breslau wurde von der zweiten Strafkammer wegen eines Vergehens im Amte zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Am 2. Februar 1912 wurde ins Polizeigefängnis ein Kautschuk eingeliefert, dessen Taschen M. zu durchsuchen hatte. Er nahm ihm ein Portemonnaie mit 1,46 Mk. Inhalt ab und dann noch 50 Pfg., die er auf den Betragzettel dazu schrieb. Später glaubte der Aufseher, es sei ihm im Drange der Geschäfte ein Versehen passiert, weshalb er die Eintragung '0,50 Mk.' wieder ausstrich. Die Pflicht des Aufsehers wäre es gewesen, die nach seiner Meinung irrtümliche Eintragung zu melden. Schließlich klärte sich die Sache auf, aber die Eintragungen ließen sich nicht so einfach wieder in Ordnung bringen. Auf Grund des § 349 Str.-G.-B. wurde M. angeklagt, der da bestimmt: Ein Beamter, welcher zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugt, innerhalb seiner Zuständigkeit vorzüglich eine recht erhebliche Tatsache falsch beurkundet, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Auf diese Mindeststrafe glaubte das Gericht jetzt erkennen zu müssen.

* Niedrige Waage. Der Kaufmann Ernst Bosdorf war mit seinem Hausnachbar, einem Gastwirt sehr befreundet, doch ging die Freundschaft eines Tages in die Wäule. Von diesem Tage an mied B. auch das Lokal des Gastwirts, wo er sonst oft verkehrt hatte. Am Abend des 20. November gegen 10^{1/2} Uhr spielte nun der Kaufmann dem Gastwirt einen mehr als unansehnlichen Streich, indem er vor dessen Wohnungstür einen Kbel mit flüssigem Urat entleerte, was neben einigen Beschädigungen auch einen entsetzlichen Gestank verursachte. Vor der ersten Strafkammer stand B. am Dienstag wegen Sachbeschädigung. Trotz seines Leugnens verurteilte ihn das Gericht auf Grund der Zeugenaussagen wegen dieses 'Echerges' zu 60 Mk. Geldstrafe.

der Arbeit ist dagegen nicht ein Bruchteil der Summe, die dem Militarismus geopfert wird, vorhanden. Wie man für hungernde Vögel im Winter bettelt, so muß der Lorparrer sich an 'verarmten Menschen' wenden und denen die große Not des Schwerkörperlichen und Halbblinden vorzumauern. Sicher gehört der Schwermühsamer des Invaliden zu den 'berausenden' Menschen und zählt ihm größtmäßig eine ganze Reichsmark pro Woche für seine Tätigkeit, den Rest seiner Arbeitskraft. Und der Hypothekengläubiger? Gehört er auch zu jenen, die dem armen Teufel in der Not auch noch die Spindel aufknöpfen, weil sicher der Herrnte die fälligen Zinsen von der Rent von 111 Mark pro Monat nicht zahlen konnte?

Der Vorparter bettelt jetzt für den Armen milde Gaben, die auch hier und da eingehen werden. Ob er aber bei der letzten Reichstagswahl für die Verbesserung der elenden Gesetzgebung auch eingetreten ist? Armoien drücken ja den Menschen noch mehr nieder, und gesetzliche Rechte können ihn erheben. Das ist auch den Landpartern oft nicht angenehm. Daher wird weiter bettelt für die Armen, die in gesunden Tagen ihre Arbeitskraft dem Kapital zur Verfügung stellen und in Zeiten der Annullität betteln müssen.

Zur Auffindung von Schillers Schädel wird aus Weimar geschrieben: Im Gegensatz zu der Nachricht, daß der Großherzog die endgültige Beisehung von Schillers echtem Schädel im Satze der Kräftigung angeordnet habe, hob in der letzten Sitzung des hiesigen Gemeinderats der Vorsitzende hervor, daß das Verfügungsrecht über die Gebeine Schillers der Stadtverwaltung zukomme. Dieser siehe auch das alleinige Recht zu, Sipsabgüsse von dem Schädel machen zu lassen. Im Zusammenhang damit steht der in der hiesigen Landeszeitung gemachte Vorschlag, den einzigen über dem alten Kräftigungswalde auf dem Jafosfriedhofe errichteten, im Vorordfitt gehaltenen Panillon wiederherzustellen und in deren Innerraum eine Art Postament zu schaffen, in dem der Schädel Schillers beiseht werden solle. Jedenfalls wird über die ganze Frage bei Gelegenheit der bevorstehenden Generalversammlung der Goethe-Gesellschaft ein klärendes Wort gesprochen werden.

Die Ueberwachungen im Militärhospital gewinnen einen immer größeren Umfang. Der Bevölkerung hat sich eine lebhafteste Panik bemächtigt, die dadurch gesteigert wird, als kein Tag vergeht, daß nicht der Getrunkene von vielen Personen gemeldet wird. Die Gewässer sind so rasch im Steigen begriffen, daß die Einwohner der bedrohten Ortschaften keine Zeit haben die benachbarten Städte von der herannahenden Gefahr zu benachrichtigen oder Hilfe herbeizurufen. Sämtliche Ueberwachungen zwischen den von der Ueberwachungs-

ung betroffenen Ortschaften sind unterbrochen, so daß die Verbindung zwischen ihnen nur durch Boote ermöglicht wird. Die stürmenden Regen der letzten Tage haben auch die Situation in den anstößenden Städten höchst bedenklich gestaltet. Frauen und Kinder haben die Weisung erhalten, die Gegend zu verlassen. Sondernertapende Personen befinden sich ohne Obdach. Die Notlage der Unglücklichen hat sich umso schrecklicher gehalten, als es an Lebensmitteln gebricht und auch die Zufuhr solcher in Folge der unzulänglichen Verkehrsverhältnisse außerordentlich erschwert ist. Ingenieure arbeiten ununterbrochen an den Deichen, um das Eindringen des Wassers in das Innere der Stadt zu verhindern. Sie geben aber trotzdem der Befürchtung Ausdruck, daß es ihnen kaum gelingen werde, die Deiche vor einer Unterstützung zu bewahren. Sollten die Deiche an mehreren Stellen durchbrochen werden, so würde eine unabsehbare Katastrophe entstehen, die den Tod tausender Menschen herbeiführen dürfte. Geiern sind wieder 12 Leichen aus dem Wasser gezogen worden. Was glaubt, daß die Zahl der Ertrunkenen weit größer ist, als offiziell angegeben wird. Zahlreiche Automobile durchkreuzen die überschwemmten Dörfer, um der bedrängten Bevölkerung Hilfe zu bringen.

Des Fliegereis Ende. Der Flugschüler Bachmayer stürzte Dienstag früh in Johannisthal infolge Versagens des Motors aus beträchtlicher Höhe ab; er war sofort tot.

Zusammenstoß in den Lüften. Auf dem Flugplatz von Gallarate vollführten am Montag die Aviatiker Menegardo und Biggelli Uebungsflüge. In einer Höhe von ungefährt 2000 Metern stießen die beiden Apparate infolge ungeschickten Manövrierens des Menegardo zusammen und überschlugen sich. Merkwürdiger Weise sind die beiden Aviatiker nur leicht verletzt.

Sturzangst. Bei der Vorstellung im Circus Schumann in Frankfurt a. M. ereignete sich gestern Abend ein Unfall, der wohl auf die Zuschauer einen unheimlichen Eindruck machte, der aber anscheinend noch ohne ernsthafte Folgen für den betreffenden Artisten abgelaufen ist. Bei der Fahrt durch die Zirkusstraße auf dem Azeirabe färgte der betreffende Artist mit seinem Rabe aus einer Höhe von fünf Metern ab. Er erlitt schwere und stark blutende Verletzungen im Gesicht. Der Sturz wurde jedoch, wie sich nachträglich herausstellte, durch die Sturzklappe, die der Radsfahrer auf den Kopf hatte, so sehr abgeschwächt worden, daß die Verletzungen anscheinend nur unerheblich und keineswegs lebensgefährlich sind. Allem Anscheine nach kann der Artist schon heute Abend wieder auftreten.

Fünfehn Kinder in den Fluß gestürzt. In der Nähe von Wessely (Böhmen) ist die über die Lufschna führende Brücke in dem Moment eingestürzt, als fünfzehn Schulkinder den Flußern zulaufen. Alle fünfzehn Kinder stürzten in den Fluß und konnten nur mit größter Mühe gerettet werden. Fast alle Kinder sind mehr oder minder schwer verletzt.

Literatur.

Des Säuglings Ernährung und Pflege. von Doktor Fritz Loepky, Kinderarzt, in Breslau. Die kleine Schrift, deren 2. vermehrte und verbesserte Auflage vorliegt, ist mit einer Einführung des bekannten Prof. Dr. Schloßmann-Völschdorf versehen. Wenn er darin meint, daß den Frauen, welche die Anlage zu ihrem natürlichen Beruf haben, auch die Naturerziehung dazu nicht fehlen darf, so muß man hinzufügen, daß als Drittes zu einer rationalen Säuglingspflege auch noch genügende Zeit hinzukommen muß. Und an der fehlt es bekanntlich den Frauen, die die dreifache Last von Hausfrauen, Mutter und Erwerbspflichten zu tragen haben, an allen Ecken und Enden. Aus diesem Grunde dürfte es vielen Proletarierfrauen nicht möglich sein, die sonst außerordentlich klaren und beherztigen Anweisungen über künstliche Ernährung, Baden und Waschen des Säuglings usw. genau zu befolgen. In dem Kapitel über die natürliche Erziehung, die der Verfasser jeder Mutter, wenn es irgend möglich ist, auf das dringlich empfiehlt, fällt der Satz auf: Kann die Mutter nach ärztlichem Urteil nicht nähren und gestalten es die pekuniären Verhältnisse, so nehme man eine Amme. Der Verfasser scheint nicht zu merken, welcher ungeheure Vorwurf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung darin liegt, daß in ihr auch die Mutterbrust, die er selbst als den natürlichen Lebensquell bezeichnet, für Geld zu vermieten ist. Er fügt allerdings hinzu, daß es Menschenpflicht ist, sich darum zu kümmern, daß das Ammenkind gut untergebracht ist, falls man nicht in der Lage ist, es mit seiner Mutter ins Haus zu nehmen. Aber auch die einseitige Forderung, daß zur Vermeidung von Anstufungen die Amme und ihr Kind ärztlich zu untersuchen sind, zeugt von mangelndem sozialen Verständnis. Das Umgekehrte, Untersuchung des zu stillenden Kindes, ist genau ebenso notwendig, denn die Anstufung der Amme besonders durch Säuglinge, die mit angeborener Syphilis befallen sind, gehört durchaus nicht zu den Unmöglichkeitkeiten. Auch bei der Pat, die an derbe Kost und Behandlung und an schmerz Arbeit gewöhnte Amme nicht zu verwehren, gibt zu denken. Trotz dieser Schönheitsfehler wird das Schriftchen auch Proletarierfrauen, die es mit ihren Mutterpflichten ernst nehmen, von großem Nutzen sein. A. B.

„Politik“ in Gewerkschaftsversammlungen.

Das Kammergericht hat im Juli 1911 entschieden, politisch ist eine Versammlung nur dann, wenn sie beabsichtigt, unmittelbar auf die Gesetzgebung einzuwirken. In einem Falle hat sich jüngst auch das Breslauer Oberlandesgericht der Ansicht des Kammergerichts angeschlossen und ein Strafammerurteil aufgehoben. Am Dienstag ist die Entscheidung in einer ähnlichen Sache wieder zumungunsten des Angeklagten ausgefallen. In einer Gewerkschafts-Versammlung in Sorkelitz am 12. Oktober 1911 sprach Genosse Grobmann vom Fabrikarbeiter-Verband über die Aufgaben der Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Klettendorfer Zuderfabrik. Ein Gendarm und ein Polizeibeamter übertrugen die Versammlung, berichteten darüber an ihre Vorgesetzten, und bald bekam Genosse Erwig als Leiter einen Strafbefehl über 20 Mark, weil er die Versammlung nicht angemeldet hatte. Die Polizei erklärte sie nämlich als öffentlich und politisch. Der Einspruch des Angeklagten und die Berufung nützten nichts; Schöffengericht und Strafammer stimmten der Polizei zu, das Landgericht mit der uns verständlichen Begründung, „es ist kaum möglich, Sachen, die einen so politischen Charakter tragen, wie das Thema Grobmanns, unter Ausschaltung der Politik zu behandeln“. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wandmann machte hiergegen vor dem Oberlandesgericht am Dienstag treffende Ausführungen; sie waren aber ohne Erfolg. Das Gericht schloß sich der Strafammer an und verwurft die „Politik“.

Wir meinen, wenn in irgend einem Falle, kann mußte nur der Angeklagte freigesprochen werden, denn von „Politik“ in der Versammlung kann gar keine Rede sein. Ihre Zweck war einzig und allein die Weisung über die wirtschaftliche Lage aufzuklären und sie für den Fabrikarbeiter-Verband zu gewinnen; mit „Politik“ und politischen Parteien hatte die Versammlung nicht das geringste zu tun.

Arbeiterführer für Breslau und Umgegend. Der im vorigen Jahre herausgegebene und von der Arbeiterkassette sehr häufig aufgenommenen Arbeiterführer für Breslau und Umgegend, wird in diesem Jahre wieder erscheinen. Der Arbeiterführer soll den organisierten Arbeitern vor allen Dingen ein sicheres Versteck sein. Die lothbare Zeit des Arbeiters wird durch das Lesen des Werkzeugs nicht nutzlos geopfert. Als der Kartell-Ausschuß im Vormort des wertvollen Büchleins wünschte, der „Arbeiterführer“ möge ein Nachschlagewerk für alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder werden, so hat sich das durchaus erfüllt. Da auch aus Arbeiterkreisen einige neue Anregungen über die Verwirklichung der Arbeiterkassette gemacht wurden, kommen wir deshalb dem Wunsche der Breslauer organisierten Arbeiter nach, wenn der „Arbeiterführer“ auch für das Jahr 1912 herausgegeben wird. Wir hoffen, daß auch in diesem Jahre dem Büchlein neue Freunde und Gönner erstehen werden. Dadurch wird es wieder möglich werden, das hiesige Arbeiter-Jugendheim mit Geldmitteln zu unterstützen, an die Herren Geschäftsinhaber, die im vorigen Jahre das Unternehmen durch Anzeigen unterstützten, richten wir die ergebene Bitte, dies auch bei der diesjährigen Ausgabe zu tun.

Beschwerden über die Informaten-Kontrollen bitten wir, uns umgehend zu melden.

Der Ausschuß des Gewerkschaftskartells der freien Gewerkschaften Breslau, Nikolaisstr. 18/19.

Deutscher Monisten-Bund, Ortsgruppe Breslau. Der Verein hat sich soeben mit einigen gesinnungsgewandten anderen Vereinen Breslau, der Freien Religionsgemeinde, der Ethischen Gesellschaft und der Breslauer Ortsgruppe des Deutschen Freidenkerbundes, nach dem Vorbilde von Berlin, München, Frankfurt a. M. und anderen Städten zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. Zu den Aufgaben dieses Kartells gehört unter anderem die Befestigung des Zusammenstehens der Vereinsveranstaltungen; sie sollen den Mitgliedern der Kartellvereine leichter zugänglich gemacht und von denselben Mitgliedern durch persönliche Hilfsleistung unterstützt werden. Auch ein gemeinsames Vorgehen der Vereine nach außen hin — natürlich unter vollständiger Wahrung der Selbstständigkeit aller einzelnen Vereine — sind geplant. Eine Erneuerung des konfessionslosen Religions- und Moralunterrichts der Freien Religionsgemeinde und die Schaffung eines eigenen Kartellheims sollen angestrebt werden.

In der Vereinsführung am 6. Mai sprach Herr Ostapaupt aus Breslau über „Die Entstehung des Monismus aus der Erkenntnis des Weltalls.“ Mit dieser Sitzung hat der Verein seine diesjährige Winteraktivität geschlossen. Für den Sommer ist zunächst ein gemeinsamer Ausflug geplant, der am Sonntag, den 25. Juni 1912, nach Freiburg in Schönen, Fräuleinsfelder Grund und Selzbrunn unternommen wird.

Wichtig für Handlungsbefähigte und deren Angehörige ist ein Urteil des Breslauer Kaufmannsgerichts, das der Vorsitzende in Nr. 8 der Zeitschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ vom 1. Mai veröffentlicht. Die Entscheidung gibt eine Antwort auf die Frage: Ist der Prinzipal berechtigt, das Schulgeld für die Fortbildungsschule vom Gehalt abzuziehen? Ein Handlungsbefähigter klagte auf Zahlung von 15 Mk. weil ihm der Lehrherr 15 Mk. von der Monatsvergütung auf das Schulgeld für die Fortbildungsschule abgezogen hatte. Das Kaufmannsgericht verurteilte den Arbeitgeber, die 15 Mk. an den Lehrling zu zahlen. In den Entscheidungsgründen heißt es: „Nach § 6 des Ortsstatuts für die gewerblichen Fortbildungsschulen und dem 2. Nachtrag hierzu ist das Schulgeld von dem Arbeitgeber zu zahlen. Das Statut gibt dem Arbeitgeber keinen Erstanzspruch gegenüber dem Schüler. Ein solcher Anspruch würde höchstens im Falle einer besonderen Vereinbarung hierüber bestehen.“

Die Pfänder des städtischen Lehramts sind jetzt gegen Einbruch versichert worden. Durch die Verfügung des Ministers des Innern vom 10. April 1908 ist angeordnet worden, daß die Pfandstücke vom Pfandleiher auch gegen Einbruchdiebstahl zu versichern sind. Obwohl das Stadtleihamt zu den Zeiten, wo Beamte nicht anwesend sind, durch einen besonderen Wächter beaufsichtigt wird, hielt es der Magistrat noch für erforderlich, um jede Schädigung der Stadt zu verhüten, die Pfänder auch gegen Einbruchdiebstahl zu versichern. Die Versicherung ist auf fünf Jahre vom 1. April 1912 an abgeschlossen; der Versicherungsbeitrag beträgt für ein Jahr 164,60 Mk.

Wuchstücker. Sonnabend, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant zur Stadt Wien, Malergasse 20, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Kollegen Bruck.

Auflauf. Von dem Grundstück Osenerstraße 63 wurde am 25. v. Mts., abends, eine dort aufgestellt 27prozentige Malerlei gestohlen. Zwei unbekannt Männer in den 30er Jahren kamen herbei, legten die Leiter um und trugen sie fort. Später haben die Diebe die Leiter mit Genehmigung des in Frage kommenden Rutschers auf einen vorbeifahrenden Kohlenwagen gelegt und ihre Wege so fortgeschafft. Infolge ihres sicheren Aufstretens wurde angenommen, daß es Angehörige des Eigentümers der Leiter waren. Augenzeugen dieses Vorfalls, die die Diebe oder das in Frage kommende Rutschern näher bezeichnen können und solche die Angaben zur Ermittlung des Rutschers machen können, werden ersucht, sich in Zimmer 57 des Polizeipräsidiums zu melden.

**Donnerstag abend:
Zwei Protestversammlungen
im „Gewerkschaftshaus“ und im „Kronprinzen“
gegen „Die neue Wehrvorlage“.**

Dachstuhlbrand. Am Dienstag nachmittag, kurz vor 1 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Gräbischenerstraße 86 gerufen. Hier war auf bisher unauffällige Weise ein Dachstuhlbrand entstanden, der erst bemerkt wurde, als die Flammen an den brennenden Fenstern bereits hoch hinausschlugen. Als die Wehr eintraf, standen der Wälschboden und fast alle Räume des vierstöckigen Hauses in hellen Flammen. Es wurden sofort vier von der Motorpöppe gespeiste Schlauchgänge nach dem Brandherd geführt, von denen einer über die auf der Straße aufgestellte Magirusleiter geleitet wurde, während man die anderen drei über die Haustreppe zog. So gelang es, in einer guten halben Stunde die Gewalt der Flammen zu brechen. Das völlige Abbläsen im einzelnen und die Aufräumungsarbeiten nahmen die Mannschaften noch weit über eine Stunde in Anspruch. Die Betroffenen, zumeist Leute des Mittelstandes, sind nur zum Teil verfehlet. Die Löscharbeiten standen unter der Leitung des Brandmeisters Schwarz.

Feuer. Am Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr waren alle Papierstücke im Keller des Hauses Albrechtstraße 42 in Brand geraten, der aber schon vor Anbruch der herbeigerufenen Feuerwehr abgelöscht werden konnte.

Selbstmordversuch. Am Dienstag abend kurz vor 8 1/2 Uhr wurde die Kaufmannsfrau Kramer aus Halle in ihrem Zimmer, Danzabotel, Teichstraße 11, Ecke Gartenstraße, in schwerem Zustand bewußlos aufgefunden. Es wurden sofort die Samariter der Feuerwehr herbeigerufen, die schwere innere Verletzungen infolge Einnehmens von Gift feststellten und die Kranke, nachdem sie ihr erste Hilfe geleistet hatten, mittels ihres Krankenwagens nach dem Albertshospital schafften, wo sie am Mittwoch mittag noch nicht vernehmungsfähig war.

Verkehrsunfall. In der Metallwarenfabrik von Kowalsch u. Co., Zimmerstraße 10, ereignete sich am Mittwoch, vormittags kurz nach 7 Uhr dadurch ein Unfall, daß eine in Bewegung befindliche Schmirgelmaschine zerbrach und einem Arbeiter an den Kopf schlug, so daß er eine Verletzung erlitt. Als die herbeigerufenen Samariter der Feuerwehr erschienen, war bereits ein herbeigerufener Arzt zur Stelle, der dem Verunglückten einen Verband anlegte, worauf er in seine Wohnung geschafft wurde; die Samariter konnten wieder abtreten, ohne in Tätigkeit zu treten.

Der Finger abgebeissen. hat in einer Restauration auf der Wälschstraße ein Postbote einem dort anwesenden anderen Manne. Der Postbote war eingeschlafen, wurde aber von dem anderen mit dem Bemerkten geweckt, daß dort doch keine Schlafstelle sei. Der Geweckte geriet darüber in solche Wut, daß er auf den Finger zupranga, ihn umfaßte und ihm die Nase abzukneifen veruchte. Als dieser sich wehrte und die linke Hand vorhielt, biß der Wütende ihn trotz Zwickhantrens anderer Hände in den Mittelfinger und ließ nicht ab, bis er das erste Fingerglied glatt abgebeissen hatte und es vor seinem Opfer ausstuckte. Eine ungläubliche Rohheit, die ihre verdiente Strafe finden wird.

Männliche Wasserleiche. Am Montag ist in Oschwitz aus der Oder die Leiche einer männlichen Person gefahren worden, in der die Angehörigen den seit dem 25. v. M. vermißten Schiffseigner Schütz wiedererkannt haben, der von seinem im Umgebungsanal liegenden Kahn spurlos verschwunden war.

Diebstahl eines armen Teufels. Ein Arbeiter von der Gräbischenerstraße, Vater von fünf unermöglichten Kindern, der seit 14 Tagen stellungslos ist, ging am Montag nachmittag in eine Restauration auf der dortigen Straße und ließ sich, als der Schankwirt und dessen Frau für einen Augenblick das Schankzimmer verließen und nur ein dreizehnjähriger Sohn anwesend blieb, der seine Aufmerksamkeit auf die Straße richtete, gelassen, einen etwa 50 Mark enthaltenden Geldbeutel zu entwendenden. Der Diebstahl wurde sofort entdeckt und der Mann festgenommen, aber mit Rücksicht auf seine Lage aus der Haft alsbald wieder entlassen. Einer gerichtlichen Bestrafung wird er aber nicht entgehen können.

Einbruch in einen Briefmarkenautomat. In der vergangenen Nacht ist ein Briefmarkenautomat am General-Kommando erbrochen und seines Geldinhalts beraubt worden. Die Höhe des entwendeten Betrages ist noch nicht festgestellt.

Festgenommen wurde am Dienstag ein Bootsmann, der in einer Restauration auf der Westendstraße einem Berufsgenossen aus der Westendstraße ein Portemonnaie mit 19 Mark gestohlen und das Geld gleich durchgebracht hatte.

Verloren wurden vier Portemonnaies mit Inhalt, ein Scheinbuch, eine silberne Damenhandtasche mit Inhalt, eine alte Damenhandtasche mit Inhalt, ein Damenschirm, zwei goldene Damenringe, zwei goldene Halsketten mit Anhänger, eine goldene Damenuhr und ein Zehnmarsstück. — Entlaufen ist ein gelber Hund mit Steuerkarte 816/12 und Halsband.

Gefunden wurden ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Koffer mit Inhalt, eine Herrenuhrkette, zwei schwarze Damenhandtaschen, zwei goldene Medaillons, zwei goldene Trauringe, eine Damenhandtasche enthaltend eine goldene Uhr mit Kette und ein Schlüsselbund, eine silberne Damenuhr mit goldener Kette. — Zuaflogen ist ein gelber Kanarienvogel bei Wehrendt, Magstraße 22.

Neueste Nachrichten.

Erdbebenkatastrophe in 2500 Kilometer Entfernung.

Von den verschiedenen Erdbebenwarten Deutschlands und des Auslandes ist am 7. Mai, abends 8 Uhr, ein starkes Erdbeben registriert worden, das, nach der Festigkeit in den Pendelschwingungen in den Apparaten gemessen, einen katastrophalen Charakter gehabt haben muß. Die letzten vorliegenden Berechnungen lassen den Herd auf Island in der Nähe der Stadt Reykjavik vermuten. Auch liegt von dort eine kurze telegraphische Bestätigung eines im südlichen Teile Islands am Montag abend stattgefundenen starken Erdbebens vor. Einzelheiten fehlen noch.

Der neue Oberbürgermeister Berlins?

Berlin, 8. Mai. In ihren Fraktionsführungen im Berliner Rathhaus sollen gestern sämtliche bürgerliche Parteien beschlossen haben, den früheren Reichssekretär Hermann Wermuth nach dem Rücktritte Rirschners zum Oberbürgermeister von Berlin zu wählen.

Die geplünderte deutsche Farm.

Berlin, 8. Mai. Zu der Meldung, die Farm der Firma Henrichshausen in Ostfriesland sei von Truppen unter der Führung von französischen Offizieren geplündert worden, teilt nun der Mittheber der Firma, Herr Henrichshausen in Rostock, folgende Telegramme mit, das er von seiner Firma auf Vorrath erhalten hat: Mindestens 150 Mann der unter französischem Kommando stehenden Truppen haben unsere Farm in Ostfriesland ohne jegliche begründete Veranlassung in barbarischer Weise überfallen und vollständig ausgeplündert. Unser einheimischer Arbeiter, die sich zur Wehr setzten, wurden geschlagen und gefangen abgeführt. Der Schaden ist noch unbekannt. — Der deutsche Gesandte in Langer Herr v. Zedendorff hat wegen der Plünderung der Farm sofort bei der französischen Gesandtschaft Vorstellungen erhoben. Die französischen Behörden haben daraufhin eine sofortige Untersuchung angeordnet.

Empörung im Elsas.

Strasbourg, 8. Mai. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer hat die elsässische Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harrten bis zum Abschluß der Verhandlungen aus. Die Delegation hat die französischen Behörden für die Verletzung der elsässischen Rechte durch die französische Regierung in der elsässischen Delegation eine sehr wichtige Liebeslage erklärt. Sämtliche Parteien ohne Ausnahme sprachen bei der Beratung einmütig unter brausendem Beifall und harr

Veranstaltungen und Vereine. Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 8. Mai: Brauerei- u. Maschinenarbeiter-Verband. Donnerstag, den 9. Mai: Volksversammlung im großen Saal. Freitag, den 10. Mai: Stenochygraphen.

Montag, den 18. Mai: Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land).

Land-Distrikt 1 und 2 (Bezirke Schwolisch, Drahenbrunn, Steine, Lanich und Wüstenberg). Land-Distrikt 9 (Bezirk Groß-Mochbern).

Land-Distrikt 16 (Bezirke Stelbisch, Schrenkroff, Marzowitz). Land-Distrikt 21/22 (Neumarkt). Leser! Bevorzugt bei Euren Einkäufen unsere...

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Grid of advertisements for various goods and services across different provinces like Breslau, Cosel, Liegnitz, Glogau, etc. Includes categories like Bäckereien, Fleischerei, and Textilien.

2. Beilage zu Nr. 107 der „Volkswacht“.

Donnerstag, den 9. Mai 1912.

Deutscher Reichstag.

55. Sitzung, Dienstag, den 7. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Ein Regierungskommissar.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Haushaltungsrechnung für die Schutzgebiete für das Jahr 1909.

Abg. **Roske** (Soz.) bemängelt die erhebliche Ueberschreitung des Etatsansatzes für Reiseflosten und des Staatspostens für Pensionen, die einer gründlichen Prüfung bedürfen, und beantragt die Verweisung der Rechnung an die Prüfungskommission.

Abg. **Graberger** (Zentrum) erkennt an, daß die Rechnung von der Kolonialverwaltung zeitiger vorgelegt ist als in früheren Jahren.

Die Rechnung geht an die Rechnungsprüfungskommission. Es folgt die Beratung über den Bericht der Geschäftsberechtigungs-Kommission über die

Mindeststärke der Fraktionen.

Die Kommission will als Fraktion nur eine Mitgliedervereinigung von mindestens fünfzehn Mitgliedern (Vollmitglieder und Hospitanten) gelten lassen.

Abg. **Freiherr v. Gamp** (Reichsp.) beantragt Unterstreichung der Rechten hinter „Hospitanten“ und „zugezählter“.

Abg. **Wittich** (Wirtsch. Volksp.) beantragt folgenden Zusatz zum Kommissionsantrag: „Für die Vertretung in den Kommissionen gilt jede Gruppe von mindestens 15 Mitgliedern als Fraktion, wenn sie sich zwecks gemeinsamer einheitlicher Vertretung in den Kommissionen vereinigt.“

Die Abg. **Wittich** u. **Wen.** (Soz.) beantragen: Unterstreichung des Wortes „nur“ in Kommissionsantrag diesem hinzuzufügen: „Als Fraktion gilt ferner eine Mitgliedervereinigung, deren Partei bei der letzten allgemeinen Wahl mindestens 15 mal so viel gültige Stimmen erhalten hat, wie der 397. Teil aller bei der Wahl abgegebenen gültigen Stimmen beträgt.“

Ueber den Antrag von **Gamp** soll namentliche Abstimmung erfolgen, und zwar morgen.

Abg. **Freiherr v. Gamp** (Rp.): Die Hauptarbeit in dem Reichstag liegt in den Kommissionen, und gerade von dieser Tätigkeit werden alle Kompromißkandidaten ausgeschlossen, wenn die Zuzählung zu einer Gruppe nicht gestattet wird. Viele der Volkspartei wieder in drei Gruppen auseinander, so könnte es leicht kommen, daß keine derselben 15 Mitglieder hat, und damit von der Tätigkeit in den Kommissionen ausgeschlossen wäre. Im neufranzösischen Landtag hat man die sechs Sozialdemokraten sowohl im Senatskonvent wie in den Kommissionen mitwirken lassen. Um so ersichtlicher ist die Haltung der Sozialdemokraten bei dieser Angelegenheit im Reichstag. Ich bitte also um Annahme dieser Anträge.

Es geht ein Antrag v. **Normann** (kons.) ein, im Falle der Ablehnung des Antrages **Gamp** die Sache an die Geschäftsberechtigungs-Kommission zurückzuweisen und einstweilen nach dem Antrag **Gamp** zu verfahren.

Abg. **Paase** (Soz.): Zeinerzeit hat der Senatskonvent der Sozialdemokratie, die noch nicht 15 Mitglieder zählte, eine Vertretung in der Kommission für das Sozialistengesetz zubilligen wollen, aber gerade Herr von **Gamp** und seine Freunde haben sich dem widersetzt, (Hört, hört! b. d. Soz.) Um die Frage, wie die Minoritäten in den Kommissionen berücksichtigt werden sollen, handelt es sich heute noch nicht, diese Frage wird erst bei dem betreffenden Punkt der Geschäftsordnung von der Geschäftsordnungskommission erledigt werden; deshalb ist auch der Antrag von **Normann** ganz bedeutungslos. Jetzt hat die Kommission nur die präzisere Frage zu beantworten, was als Fraktion zu betrachten ist, und ohne dem Sprachgebrauch und den Begriffen Gewalt anzutun, kann man nicht behaupten, daß Personen ohne gemeinsame politische oder wirtschaftliche Anschauung, ja ohne irgend welche politische und wirtschaftliche Verhältnisse eine Fraktion bilden können. Die Anträge von **Gamp** und **Wittich**, die einen derartigen Konfession verlangen, sind daher abzulehnen. (Beifall.)

Abg. **Kretsch** (kons.): Was Sie nicht willt, daß die Geschichte, das Sie auch keinem anderen nicht. An diesen Spruch sollten Sie denken und dem Antrag der Reichspartei zustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. **Dr. v. Rajewski** (Volk): Wir werden aus Billigkeitgründen für den Antrag der Reichspartei stimmen.

Abg. **Dr. Arendt** (Rp.): Seit zwanzig Jahren ist der Reichstag bei der Zulassung zu den Kommissionen so verfahren, wie unser Antrag es will. Jetzt will man die Minderheit enteignen. Was hätte wohl Singer dazu gesagt. Auch Hebel sehe ich nicht auf seinem Platz. Beide traten stets für das Recht der Minorität ein. (Zuruf bei den Soz.: Als Ihre Freunde dagegen waren!) Was die Reichspartei früher für eine Stellung eingenommen hat, ist für die jetzige veränderte Situation ganz gleichgültig. (Hört, hört!) Der Antrag **Albrecht**, den übrigens Herr **Paase** garnicht begründet hat, versteht das Prinzip der Gleichheit aller Abgeordneten. Im Abgeordnetenhause hat der Sozialdemokrat **Hirsch** ausdrücklich gesagt, seine Freunde wenden sich gegen den Beschluß des Senatskonvents, die Reichspartei nicht mehr als Fraktion gelten zu lassen; man dürfe die zum Schutz der Minderheit gegebene Geschäftsordnung nicht mißbrauchen, um die Minderheit zu quälen. (Hört, hört! rechts.) Diesen Worten schließe ich mich an. (Bravo! rechts.)

Abg. **Dr. Müller-Meiningen** (Vp.): So minoritätsbegeistert habe ich ein Mitglied der Reichspartei noch niemals reden hören. (Sehr wahr! links.) Im übrigen ist es nicht richtig, daß die Praxis seit Jahren dieselbe gewesen ist.

Abg. **Dr. Spahn** (Zentr.): Der Kommissionsbeschluß bedeutet nur, daß an dem Senatskonvent nur eine Gruppe von 15 Mitgliedern teilnehmen kann. Die Zusammensetzung der Ausschüsse wird die Kommission erst nach regeln.

Abg. **Wittich** (el. Zentr.) unterstützt den Antrag von **Gamp**. Ebenso

Abg. **Mumm** (Wirtsch. Vp.).

Abg. **Dr. Junck** (natl.) tritt für den Antrag der Geschäftsberechtigungs-Kommission ein.

Abg. **Paase** (Soz.): Herr **Arendt** vermisse eine Bearbeitung unseres Antrages. Ich habe geglaubt, er spräche sich selbst. Wenn er an **Preußen** denkt, wird er auch sofort sehen, aus welchen Gründen der Antrag gestellt ist. Wenn dort das Klassenwahlrecht mit der indirekten Wahl zu einer Verfälschung der Meinung der Wähler führt, so wäre es unerhört, wenn die kleine Gruppe von Vertretern großer Wählermassen nicht die Rechte einer Fraktion hätte. Im übrigen wollen die Herren rechts keine Gleichberechtigung, denn es ist keine Gleichberechtigung, wenn ein Einzelner das gleiche Recht zu haben will, wie 110 oder 99, die in einer Fraktion zusammengeschlossen sind. (Zuruf rechts: Abgeordnetenhause!) Dort haben meine Freunde die größte Zahl von Wählern hinter sich, und wie behandeln Sie dort meine Freunde. Niemals ist hier von uns auch nur der Versuch gemacht, Sie ähnlich zu behandeln. (Lebt, lust! b. d. Soz.) Bei der Regelung der Zusammenfassung der Kommission können Sie sicher sein, daß meine Freunde einschließen dafür einzutreten werden, daß die einzelnen Gruppen nicht zu kurz kommen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr **Arendt** spricht von Mindeststärke der Minoritäten. Dies Geschäft haben wir immer seine Partei-freunde betrieben. (Lebt, lust! b. d. Soz.) Herr v. **Kar-**

schäftsordnung auf den Kopf stellen, lediglich um die Vertreter der großen Masse der Bevölkerung, gegen welche der Raubzug sich richtete, mundtot zu machen. (Lebt, lust! b. d. Soz.)

Abg. **Graber** (Zentr.): Eine Zurückverweisung an die Kommission hat keinen Zweck. Da Herr **Dr. Arendt** sein entscheidendes Gewicht auf die Beteiligung an den Senatskonvent legt, könnte der Antrag der Kommission sogar einstimmig angenommen werden. Herr **Dr. Arendt** hat uns vorgeworfen, wir wollten die Minderheit mundtot machen; dabei hat er einmal ein Mitalied der Reichspartei im „Tag“ geschrieben: „Die Zahl der Parteien im Reichstag ist übermäßig groß. (Hört, hört! links.) Was die kleinen Gruppen zu sagen haben, ist kaum von Bedeutung. (Hört, hört! Weiter! links.) Der Reichstag wählt seine Kommissionen nach der Stärke der Parteien. Viel leicht könnte es auch die Rednerliste verteilt werden. Bei bestimmten Punkten könnte man vielleicht einen Redner der Rechten, einen der Linken, einen des Zentrums und einen für alle übrigen Parteien sprechen lassen.“ Das hat Herr **Dr. Arendt** selbst geschrieben. (Dr. Piff. links, Zuruf bei den Soz.: Mamageh!)

Abg. **Schult** (Vp.): Es handelt sich hier um die Kommissionsbestimmung, nicht um die Rednerliste. Ob wir Fraktion heißen oder nicht, darauf legen wir keinen Wert. Wenn Sie den Fraktionsbegriff so definieren wie Sie es jetzt tun, schlage ich vor, den zweiten Teil des Antrages von **Normann** in folgender Fassung anzunehmen: „entweder die Vereinigung der Mitglieder und Hospitanten einer Partei als zur Teilnahme an Kommissionen und Senatskonvent ausreichend anmerken, wenn sie mit den zugezählten 15 Mitglieder erreicht.“

Tamit schließt die Debatte.

Abg. **Dr. Arendt** (persönlich): Ueber die Redeordnung habe ich nicht gesprochen. Was ich darüber geschrieben habe, halte ich aufrecht.

Abg. **Schult** (Vp.) bringt schriftlich den von ihm erwählten Antrag ein.

Die Abstimmung über alle Anträge wird auf Mittwoch verlagert.

Darauf wird die Debatte über die Resolution der Budgetkommission fortgesetzt, welche die Regierung um Einbringung eines Gesetzesentwurfes ersucht, welcher die

Gültigkeit der Ehen zwischen Weissen und Eingeborenen

in allen deutschen Schutzgebieten sicherstellt und das Recht derjenigen möglichen Kinder regelt, auf welche etwa zur Zeit das bürgerliche Ehegesetz nicht Anwendung findet.

Die Abgeordneten **Dr. Brand** (Vp.), **Frhr. v. Nichte-**hosen (natl.) und **Weniger** beantragen, die sich aus dem Verhältnißverkehr zwischen Weissen und Eingeborenen ergebenden Rechtsverhältnisse nach Anhörung der Selbstverwaltungsorgane der Schutzgebiete zu regeln.

Abg. **Graber** (Zentr.): Wir betrachten die Mischehen nicht als erwünscht, aber wir müssen anerkennen, daß die Mischehen ganz un vermeidlich sind, und Kenner der Verhältnisse wissen, daß solche Mischehen fast immer glücklich sind. Wenn man die Ehe verbietet, treibt man die Leute zum Konkubinat. Zu einem solchen Konkubinat in das Privatleben hat der Staat kein Recht. Ein Reicher kann sich eine Frau aus Europa kommen lassen oder über die Grenze in englisches Gebiet gehen und sich dort trauen lassen; dann wird seine Frau eine Deutsche und seine Kinder deutsche Staatsbürger; um so weniger können wir den Armen das Recht der Eheschließung verweigern. Solange die Eingeborenen kulturell noch nicht weiter gehoben sind, kann man ihnen vorläufig noch das Wahlrecht vorenthalten, aber in der Frage der Rechtsgültigkeit der Ehe darf ein solcher Unterschied zwischen Eingeborenen und Weissen nicht gemacht werden. Ich bitte daher die Resolution der Kommission anzunehmen. (Lebt, Bravo! im Zentrum und bei den Soz.)

Abg. **v. Böhlenhoff-Röhm** (kons.): Wie die Rechtsverhältnisse, die sich aus dem Verhältnißverkehr zwischen Weissen und Eingeborenen ergeben, zu regeln sind, können wir ja nicht vom grünen Tisch aus entscheiden; deshalb sollten wir die Betroffenen selbst zu Rate ziehen, wie es die Resolution **Brand** will. (Beifall rechts.)

Abg. **Freiherr v. Nichte-**hosen (natl.): In den englischen Kolonien braucht man ein Eheverbot zwischen Weissen und Eingeborenen nicht, weil eine solche Ehe und auch das Konkubinat nicht vorkommt, denn der Weiße, der sich mit einer Eingeborenen einläßt, verfällt der gesellschaftlichen Achtung. Diese Entwicklung würden wir in unseren Kolonien hindern, wenn wir die Ehe zwischen Weissen und Eingeborenen gestatteten. Es würde dann auch die Ehe zwischen einem Negor und einer weissen Frau gestattet sein und damit würde die Stellung der weissen Frau in den Kolonien schwer erschüttert werden und keine mehr zu dem Hinübergehen zu bewegen sein. (Beifall bei den Natl.)

Abg. **Brand** (Vp.): Eine Ehe ist nicht bloß eine lebenslängliche Gesellschaftsgemeinschaft, sondern soll eine vollkommene Lebensgemeinschaft sein, und eine solche ist zwischen Menschen von so verschiedenen Kulturstufen, wie Weiße und Negor, nicht möglich. Schon aus diesem Grunde sollten wir nicht der Resolution der Kommission, sondern der Gegenresolution zustimmen. (Beifall b. d. Vp.)

Abg. **Jurck** (Rp.) befragt ebenfalls diese Resolution und hofft, daß die Mission die Weissen mehr zur Selbstsucht erziehen wird.

Abg. **Mumm** (Wirtsch. V.): Die Sitten muß dahin wirken, daß Ehen zwischen Weissen und Eingeborenen so selten werden, daß ein besonderes Verbot nicht nötig ist. (Beifall rechts.)

Es läuft ein Antrag **Graber** (Zentr.) auf namentliche Abstimmung über den Kommissionsantrag ein, sowie ein Antrag von **Liebert** (Rp.). In dem Antrag **Dr. Brand** am Schluß hinter Rechtverhältnisse einzufügen: „unter Wahrung der kirchlichen Interessen“.

Abg. **Lebedour** (Soz.): Wir lehnen alle Anträge ab und stimmen für den Kommissionsbeschluß. Auch der Antrag **Brand** gibt keinen Weg an, wie denn die Frage eigentlich geregelt werden soll. Der Antrag beweist nur, daß die Herren Liberalen der Forderung widerprechen, daß die Gültigkeit der Ehen zwischen Weissen und Schwarzen gesichert wird. Sie haben nur in einem bedauerlichen Mangel an Erkenntnisfähigkeit sich berufen, das ausdrücklich auszusprechen. Wir halten im Interesse des Ansehens Deutschlands die Annahme der Resolution der Budgetkommission für notwendig.

Dr. **Brand** meinte, wenn wir den Schwarzen volle Ehefreiheit mit den Weissen geben, gäben wir ihnen eigentlich ein Vorrrecht, weil sie garnicht in der Lage sind, die volle Tragweite dieses Schrittes zu übersehen. Das ist eine wahrhaft talmudische Beweiskführung. (Weiterkeit.) Nach dieser Argumentation mühte man auch in Europa allen denen die Eheschließung verbieten, bei denen, obwohl sie erwachsen sind, eine juristische Kommission das Urteil abgibt, sie überläßen die Tragweite des Schrittes nicht genügend. (Weiterkeit.) Der Staatssekretär hat sich nach seiner ersten verunglückten Rede in den Mantel des Schweigens gehüllt. In dem Erlaß des Herrn **Dr. Solf** als Gouverneur von Samoa heißt es, daß es für Samoa höchste Zeit sei, gegen die „Verbreitung“ der Mischehen mit durchgreifenden Mitteln vorzugehen. Der Staatssekretär meinte jedenfalls: gegen die Vermehrung der Mischehen „Verbreitung“ könnte in diesem Falle höchstens ein minderwertiger Mischlingsamoaner sagen, der die deutsche Sprache redet. (Weiterkeit.) Im übrigen wird man gegen die Verweigerung der

Mischehen durch solche Erlaße gar nichts ausrichten, denn das Verbot der Ehe hindert nicht, daß Mischehen erzeugt werden. Weiter heißt es in dem Erlaß, es müsse ein Unterschied gemacht werden zwischen Mischehen, die vor dem Erlaß geboren wurden und den nachher Geborenen und der Staatssekretär sagt: „Die Nachkommen aus den bisher als legitim angesehenen Mischehen sind Weiße.“ So weit gehe ich selbst nicht einmal, daß ich sage, sie sind Weiße. (Weiterkeit.) Es ist das wieder eine Probe der Mischehenfrage des Staatssekretärs (Weiterkeit), er will damit jedenfalls sagen, sie werden die Rechte der Weissen genießen.

Im Jahre 1912 äußerte sich hier der jetzt verstorbene **Ludolf von Bennigsen**, damals Gouverneur der Karolinen, über die Polynesier, zu denen auch die Samoaner gehören; die Tendenzen seiner Ausführungen ging dahin, daß die Erwerbung der Karolinen wirtschaftlich betrachtet kein Geschäft sei, aber das deutsche Reich habe die Aufgabe, die Polynesier kulturell zu heben. Von diesen sagte er: „er ist ein stolzer, doch friedliebender Mensch, aber zugleich ein schöner Mensch, und Deutschland sollte sich eine Ehre daraus machen, die Polynesier zu erhalten und allmählich zur Kultur zu erziehen.“ Diesen Zweck aber wird durch solche Bestimmungen, wie sie im Erlaß des **Dr. Solf** enthalten sind, direkt entgegengehandelt (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Erlaß des Staatssekretärs läuft darauf hinaus, den ungeretzten Verhältnißverkehr künstlich zu fördern und führt so zur Depravation, nicht zur Kultivierung der Eingeborenen. Dieses Bedürfnis, die Weissen als Herrenvolk zu erhalten, ist im Grunde auf das Ausbeutungs- und Unterdrückungsbedürfnis des Kapitalismus zurückzuführen. Der Erlaß stellt sich also dar als eine Konsequenz der Ausbeutung der Mischlingenschaft in den Kolonien. (Zuruf b. d. Soz.) Unsere Aufgabe ist es lediglich, dafür zu sorgen, daß dieser unvermeidliche Rassenmischungssproh nicht kulturell schädigend auf Eingeborene und Weiße einwirkt. (Bravo! b. d. Soz.)

Darauf verlagert das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. (Außerdem namentliche Abstimmung über die Anträge der Geschäftsberechtigungs-Kommission, Etat des Reichsschatz-amtes und kleinere Stats.)

Schluß 7¹/₂ Uhr.

B. Generalversammlung des Verbandes der Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen.

i. r. Berlin, den 5. Mai 1912.

Die Generalversammlung, die in den Musterferien tagt, nahm außer den Vorstandsmitgliedern 19 Delegierte teil. Die Verbände der Transportarbeiter, der Bureauangestellten, der Zentralkammer der kaufmännischen Angestellten, des Lehrerehs und das Internationale Handlungsgehilfensekretariat haben Vertreter entsandt. Die Generalkommission läßt sich durch den Genossen **G. Bauer** vertreten.

Der heutige Tag ziemt der Erledigung der vier großen Referate und die Veranstaltung hat durch das zahlreiche Erscheinen von Berliner Kollegen und Kollegen das Aussehen einer öffentlichen Versammlung bekommen. **Lange** - **Brand** sprach als erster Redner über das Thema: „Die Angestellten im wirtschaftlichen Kampfe“. Dem Sinne nach führt Redner aus: Die Angestellten haben in dem Unternehmertum denselben wirtschaftlichen Gegner wie die Arbeiter und auch dieselben Ziele (höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit usw.). Es liegt daher nahe, daß die Organisationen der Angestellten und Arbeiter sich über ein Zusammenarbeiten in beiderseitiger Interesse verständigen. Es wäre der Angestellten nicht würdig, im Kampfe die Unterstützung von den Arbeiterverbänden zu erwarten, zu anderen Zeiten aber eine Gemeinsamkeit mit den Arbeitern abzuleugnen. Ein Boykott wäre ja ohne die Arbeiterschaft in den meisten Fällen gar nicht durchzuführen. Es ist ferner zu sagen, daß sogar kaufmännische Verbände, wie die gewerkschaftlichen Verbände, mit Arbeiterverbänden zwecks gemeinsamer Stellungnahme zu sozialpolitischen Fragen in Verbindung stehen (zum Beispiel der Zentralverband der Handlungsgehilfen-Verband gehört dem christlich-nationalen Arbeiterverband an). Um so mehr ist es Aufgabe der gewerkschaftlichen Privatangestellten-Verbände, ihre Widerstandsfähigkeit gegen das Unternehmertum durch ein Band in Hand-Arbeiten mit den Arbeitergewerkschaften zu erhöhen. Denn es ist klar, daß die Angestellten bei gemeinsamen Vorgehen mit den Arbeitern gegen das Unternehmertum stärker sind, als wenn sie ohne Rücksicht auf diese ihre Kämpfe führen. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und ohne Diskussion seine Tendenz als richtig anerkannt.

Der zweite Referent, Rechtsanwalt **Dr. S. Weinberg** Berlin, behandelte das Thema: „Das Vereinigungsrecht und die Gewerkschaften“. Er führte mit bezeichnender Sachkenntnis eine lange Reihe von geradezu elementaren Behauptungen des Koalitionsrechts und Fällen von Klaffen, urteilen an und bewies dann, daß, fast daß bei der besten der bestehenden Strafrechtsreform die Ausübung des Streikrechts zum Kampfe gegen die Arbeiterkassen unmöglich gemacht wird, es offenbar von den gesetzgebenden Gewalten darauf abgesehen ist, unter Aufrechterhaltung der alten Strafbestimmungen neue Ausnahmegesetze gegen den Verweigerungskampf der Arbeiterklasse zu erlassen. Dasselbe gilt auch von dem durch die namhaftesten Strafrechtsprofessoren ausgearbeiteten jüngst veröffentlichten Gegenentwurf. Der Kampf gegen diese Entwürfe und für einen Rechtszustand, durch den das Koalitionsrecht der Arbeiter vor allen Angriffen gesichert wird, ist eine der wichtigsten Gegenwartsaufgaben der Angestellten.

Auch diesem Referate folgte lebhafter Beifall und einstimmige Zustimmung.

Der dritte Referent, **Urban** - **Berlin**, behandelte „Das Wahlrecht der weiblichen Angestellten in der Reichs-Versicherungsordnung, im Versicherungsgesetz für Angestellte und bei den Kaufmannsgerichten“. Er wies nach, daß die Handlungsgehilfin sowohl nach dem Handelsgesetzbuch, als nach der sozialen Versicherungsordnung (Reichs-Versicherungsordnung, Versicherungsgesetz für Angestellte) und dem Kaufmannsgerichts-gesetz dieselben Pflichten wie ihre männlichen Kollegen hat, aber nicht dieselben Rechte. Bei der Schaffung der Kaufmannsgerichte hatte der Reichstag in der zweiten Lesung des Gesetzes beschlossen, den Frauen das aktive Wahlrecht für die Richter zu gewähren. Die verabschiedeten Regierungen erklärten sich gegen die Verletzung des aktiven Wahlrechts an die Frauen, weil damals in Aussicht genommen war, auf den Kaufmannsgerichten die Arbeitskammern aufzubauen, und diese mit politischen Aufgaben zu betrauen. Nachdem die Regierung vom ihrem Vorhaben, Arbeitskammern mit politischen Rechten auf den Kaufmannsgerichten aufzubauen, abgesehen ist, ist auch ihr Grund hinfällig geworden, den sie damals gegen das aktive Frauenwahlrecht bei den Kaufmannsgerichten geltend machte. — Da die Handlungsgehilfin in allen Fällen dieselben Pflichten des Dienstvertrages zu erfüllen habe, wie ihre männlichen Kollegen, muß die Verweigerung des Wahlrechts bei den Kaufmannsgerichten und die Verletzung bei der sozialen Versicherung als ein schweres und durch nichts zu entschuldigendes Unrecht gegen die Frauen bezeichnet werden.

umwandelndes Material holten. Aber hat die Wagnisse sich selbst gleichsam aufgeschoben. Stadt wurde auf derselben Stelle erbaut. An einer Stelle muß man zum Beispiel 75 Fuß tief hinuntergehen, bevor man auf dem Boden von Neuholländers Zempel steht, und nicht man dann hinauf und begräbt, wie das Wort Neuholländers so völlig begraben wurde, so erinnert man sich augenblicklich daran, daß unter diesen Wäldern und Schichten liegen die älteste noch früheren Ansiedlungen. Babylon ist vielleicht die älteste Stadt der mesopotamischen Gegend, und selbst kein was Grundbesitzer erreicht ist und Grabungen unumgänglich werden. Kann man noch mit der Hand Zäpfchen aus dem Hagel fischen, die aus den Zagen Gamarabris kommen, jenes Geklebbtes, der Geschichte schreibt, die der Verfasser der Genesis viel später übernahm, und Gebote gab, die Moses unverändert in seinem berühmtem Buche aufnahm. Unter der Schicht Komarabris sind Spuren anderer Zivilisation, die vielleicht eines Tages ergründet werden und die noch tiefer hinabreichen bis zur Blüte der Menschheitskultur. Landon gibt einen kurzen Heberblick über die Rüste von Gebäuden und Schichten aller Art, die durch Katakomben glänzende Grabungsarbeiten ans Licht gebracht wurden; er vertritt dann ausführlicher bei dem Verlust des Neuholländers und dem Zempel des Harbut und gibt schließlich eine lebendige Schilderung jenes Raumes, den er den Turm von Babel nennt. Dieser berühmte Turm, in der Nähe des Harbut-Zempels ist der Zigurat, das himmeltragende Gebilde dieses heiligen, vom Hauber uralter Vorkolonien umgebenen Ortes. „Hefelstein“, hieß er, weil man sich dort über 80 Stetten in der Stunde, mußte dieses Katakomben auf 25 Stufen hinabsteigen und Sägen aus den Kohlensteinen zu machen, und aus verschiedenen Gründen mußte es dem Mann sein, daß er nicht vorziehen, daß seine bristige Krone — es wurde zerstört, lange bevor Neuholländers einen neuen Turm baute — als der sichtbarste Beweis von Gottes Zorn gegen die Menschen trüb und drohend in die Luft zu ragen schien. Wenn man die Lieberlieferung Neuholländers beschließt, so darf man die ersten Arbeiten an diesem Turm wohl in die frühesten Zeit menschlicher Zivilisation verlegen; freilich das genaue Datum wird man nicht bestimmen können; denn diese Berichte über den Turm sind so unklar, daß man sich nicht über die Zeit verlegen kann, daß die Legenden vom Turmbau und der Sprachverwirrung sich auf einen bestimmten Bau des Turms, der an dieser Stelle errichtet wurde. Man ist unterhalb des von Neuholländers entdeckten Turmes auf ein viel älteres Bauwerk gestoßen und die so freigelegenen Fundamente unterscheiden sich von dem Turm als Zelle jenes Gebäudes betrachteten werden, an dem noch dem Verfasser der Genesis die unheimliche Geschichte vom Turm zu Babel geknüpft ist. Es ist schwer zu sagen, daß Neuholländers in seinem Bericht über die Hochkultur, der sich auf die geplante Höhe des Neuholländers bezieht. Aber alle steht man auf der durch die Bibel unsterblich gewordenen Stelle des Turms von Babel. Jede Seite des Neuholländers Fundamentes aus noch größeres prächtigeres Bauwerk, das an dieser Stelle ein noch größeres prächtigeres Bauwerk zum Gedächtnis an seine Taten aufzuführen wollte. Aber Neuholländers kam nur nach Babylon, um zu sterben; seine Gebeine sind jetzt gebettet bis auf den heutigen Tag, ein Erdmännchen, von dem durch die Jahrhunderte hin Diebe die Bausteine entnommen. Die kleinen Gräber, die abgesehen von den Steinen herbeigespielen, haben und schlössen im Winde. I.

Bermittliches.

Das älteste Papiergeld. Die ersten Anfänge von Papiergeld, das nach Goethe eigentlich eine Erfindung des Teufels ist, werden sich im alten Karthago nach Verabfolgung des zweiten punischen Krieges. Auch in China wurde unter der Regierung des großen Kaisers Schjiao-ang (255-205 vor Christi Geburt) u. a. beschränkter Umlauf eine Art von Papiergeld eingeführt, das den heutigen Reichsbanknoten insofern ähnelt, als es aus einem feinen, weißlichen Stoffe besteht, der durch einen Wasserzug dicker wird. Die Einführung des Papiergeldes im allgemeinen wohl in den Anfang des 18. Jahrhunderts verlegt und zwar in die Zeit, als Frankreich die von dem Schweden König Karl XII. eroberte Provinz verlor. In diese Zeit fällt auch die Einführung des Papiergeldes in Europa aus dem Jahre 1688. In diesen Jahren, als die Reichthümer der Mauren in Granada unter Philip IV. durch die Eroberung von Granada, die durch die Einführung von spanischen Münzen herbeigeführt wurde, auch in der deutschen Welt bekannt geworden ist, kam ihnen einträgliches Schicksal zu. Die Mauren machten jedoch die großen

Verfälschungen, um für des wertvollen Papiers, der der Fabrikation abhelt, mehr als 500,000 Taler zu verdienen. Der Gouverneur und Befehlshaber von Algier, Don Inigo Lopez de Mendosa, Graf v. Gondilla, den das Königspaar Ferdinand und Isabella sehr zu liking nicht mit den erforderlichen Geldmitteln unterfügte, sah sich durch den Mangel einer Meuterei unter der Befehlshaber der Festung bedrückt, die seit Monaten ihren Sold nicht mehr voll und regelmäßig ausgezahlt erhalten hatten. In diesem Moment verfiel er zu dem Auswärtigen Mittel, mit tausenden Nummern verleihe Papiergeld auf einer Seite mit Wertangaben und auf der anderen Seite mit seiner Unterschrift zu versehen und unter Androhung schwerer Strafen mit Zwangsdruck auszulassen. So daß nicht nur die Garnison, sondern auch die Bürgerchaft dieses Papiergeld wie bare Münze in Zahlung nehmen mußte. Die Maßregel erfüllte auch wirklich ihren Zweck und — noch mehr als das! — Men-osa, der sich seiner sich verpflichtet hatte, alle Noten später gegen vollwertiges Metallgeld eingulden, hat sein Versprechen auch gehalten.

Weiteres.

Der protestierende Käufing. Der italienische Bauergame" allerlei Interzessionen von seiner Kunst erzählt, dabei auch eine lustige kleine Geschichte, in der er durch eine unerwartete Entfaltung seines bauerrechtlichen Talentes eine amüsante kleine Szene hervorruft. Donini war in Santiago von seinen Vätern zur Tafel geladen worden; er sollte als Koste fungieren und hatte die Ehre angenommen. Alles ging gut, nun hielt er den kleinen Weißbrot über das Kopfweidchen, um ihm die Haare zu kämmen. Er sah, daß die Haare sehr lang waren und sich sehr stark nach rechts neigten. Er dachte, das sei ein Zeichen der Glückseligkeit, und er sagte zu dem Weißbrot: „Du wirst ein großer Mann werden, wenn du dich nach rechts neigst.“ Er sagte dies mit einem sehr ernsten Gesicht und mit geschlossenen Augen. Die Gäste, wie sie ihm ein Haar weiche Hände liebend die heißen Wangen streichelten, und hörte eine freundliche Stimme leise sagen: „Seine Mutter ist meine.“

Man hielt ihr etwas, was stark und gut roch, unter die Nase, und sie öffnete die Augen. Das schönste Gesicht, was sie seit ihres Lebens gesehen, schaute sie an. Neben ihrem eigenen, und sie mußte unwillkürlich an die Mutter Gottes denken. Sie vergaß es logisch, denn in diesem Augenblick war sie ein Mann an, dessen Gesicht von wässrigen Tränen und Parfüm umrahmt war. Dieser beiden glühenden Augen dunkler, flammender Augen, die sich alle auf sie richteten. Ein Gefühl unendlichen Wohlbehagens befiel Signora Joccaci. Ohne daß es ihr jemand gesagt, mußte sie, daß alle diese Leute ihre Freude waren, sie las es in den ersten und teilnehmenden Blicken. Als sie gleichzeitig hoch über sich die Stimme Ambrogios hörte, fiel sie mit einem leisen Schrei in Ohnmacht.

Im Tiefenforste.

Die Sonne hinter den Felsen, die glühende Abendsonne! Wie schimmert da mit Engländern im angestrichelten Himmelstrahl! Du bist glücklich, weil du so schön den Himmel und das Land betrachtest. In tiefen, trunkenen Augen und leise schmelzend langsam du den goldig roten Himmel ein Da duften, überstrahlt von Glanz, unbrüchlich Stroglühnen, Pelebrant und Zyprian; Voll Ehrfurcht steht der sturme Wälder, Die hochgewachsenen Felsenstämme gleißeln Wie glühende Stangen, ihre Köpfe klaren Einem in des hohen Belkensees Blenden großen Tropfen

Die Sonne, brich mit deiner Glut Auch in den andern Wald Bergamter Blüten, Engländer und erlösend! Wald, o Sonne, halt!

Bruno Billc.

Rezeptionsstelle: Post-Station, — Reception und Expedition: Post-Station, — Verlag der „Postzeitung“, G. m. b. H. — Druck von J. B. Schöner, G. m. b. H. — sämtlich in Dresden.

Feuilleton-Beilage der Volkskraft.

1912.

Breslau, den 9. Mai

Wer ohne Schmerz, der ist auch ohne Liebe, Wer ohne Leid, der ist auch ohne Freue, Und dem nur wird die Sonne kostenlos, Der aus dem Dunkel ringt mit heißem Triebe. Gottfr. Ketter.

Eine Mutter.

Erzählung aus Skizzen von Gustav Janzon. Aus dem Schwedischen von A. Külliobana. (Nachdruck verboten.)

Signora Joccaci war zu Boden gesunken und sah feuchend und mit geschlossenen Augen da. Sie schaute, wie ihr ein Haar weiche Hände liebend die heißen Wangen streichelten, und hörte eine freundliche Stimme leise sagen: „Seine Mutter ist meine.“

Man hielt ihr etwas, was stark und gut roch, unter die Nase, und sie öffnete die Augen. Das schönste Gesicht, was sie seit ihres Lebens gesehen, schaute sie an. Neben ihrem eigenen, und sie mußte unwillkürlich an die Mutter Gottes denken. Sie vergaß es logisch, denn in diesem Augenblick war sie ein Mann an, dessen Gesicht von wässrigen Tränen und Parfüm umrahmt war. Dieser beiden glühenden Augen dunkler, flammender Augen, die sich alle auf sie richteten. Ein Gefühl unendlichen Wohlbehagens befiel Signora Joccaci. Ohne daß es ihr jemand gesagt, mußte sie, daß alle diese Leute ihre Freude waren, sie las es in den ersten und teilnehmenden Blicken. Als sie gleichzeitig hoch über sich die Stimme Ambrogios hörte, fiel sie mit einem leisen Schrei in Ohnmacht.

Als sie wieder zu Bewußtsein kam, umtraute sie ein Gefühl von Aufregung. Hüte und Wägen wurden geschwenkt, Arme gestikulierten in der Luft, Schreie und Lärm schallten. Signora Joccaci verstand, daß alles ihrem Sohne galt, und wie von einer Feder in die höchsten Ränder stürzte sie sich auf den Boden. Vor ihr lag ein Kind, das sie nicht kannte, aber es war ein Kind, das sie liebte. Sie bog sich zurück, um sehen zu können. Ihr Ambrogio stand da oben. Die eine Hand drückte er gegen die Brust, die andere streckte er, zur Faust geballt, gerade aus, als hätte er seinen ein Gelübde abgelegt, das er mit dieser Bewegung bekräftigen wollte. Von ihrem Knie aus konnte sie nicht seinen Gesichtsausdruck wahrnehmen, sie sah nur sein Kinn in harter Verzerrung, das vor unruhiger Energie glühte. Da sah Signora Joccaci vor sich zu stehen an. Fuß so hatte sie den Sohn immer in ihren Armen gesehen. Noch über den Köpfen aller anderen stand er da, die Hand zum Eid geballt, und um ihn brauste ein betäubender Jubel.

Blätter zur Belehrung und Unterhaltung.

1912.

ging die Menge langsam auseinander. Sägen und Ständer wurden aufeinandergeklappt und fortgetragen, und die Substanz letzten schweißend und lachend nach der Stadt um.

Die Signora stand noch auf demselben Fleck und ärgerte sich über diese schnelle Veränderung, als sie plötzlich von einem Paar harter Arme umfaßt und hoch in die Luft gehoben wurde.

„O, Mutter . . . meine Mutter . . . endlich bist Du doch gekommen! Und gerade heute!“

Signora Joccaci schrie und atemlos vor Freude schrie Hüte und als der Nebel geschwunden, der sich über ihre Augen gelegt, konnte sie zum Schluß ihren Sohn betrachten. Sein Anblick sagte sie in Erläuterung, ja erwiderte sie betraute. Es war Ambrogio und er war es doch auch wieder nicht. Statt des Gesichtes, den ein faulentes Gesicht umrahmte, stand ein junger Mann in einer allerdings lauberen, aber keineswegs prachtvollen Kleidung vor ihr. Ueber die Oberlippe lag ein schmales, radeschwarzes Schnurräucherchen, und im Nacken und an den Ohren ringelten sich kleine Locken. Mit einem raschen, prüfenden Blick erfaßte sie das alles, und ein tiefer Ernst verdunkelte ihre Augen.

„Ambrogio!“ rief sie klagend. Er hatte die Ursache ihres Grams begriffen, aber nicht trotzdem nicht weniger munter. „Ja“, sagte er fröhlich, „der richtige Ambrogio!“ Signora Joccaci schüttelte den Kopf. Mit einem Male war es ihr unmöglich, noch irgend etwas zu begreifen. Wäre ihr Ambrogio in einem prächtigen Gewand und in vornehmer Haltung eingetreten, hätte sie das natürlich gefunden, und sie hätte in dem Fall bereitwillig auf alle seine Arme und Umarmungen verzichtet; sie war ja doch eben nur eine arme, alte Frau, die sich ihr Leben lang mit kümmerlicher Sorge geplagt. Aber jetzt trug er faum einen besseren Rock als ein gewöhnlicher Arbeiter am Sonntag, und obgleich sich sein Benehmen gegen sie nicht geändert hatte, entbehrte sie doch etwas; sie hätte etwas anderes bei ihm finden wollen.

„Komm, Mutterchen!“ sagte er herzlich und bot ihr den Arm. Sie legte ihre Hand darauf und mit nachdenklich gemangelten Augenbrauen folgte sie dem Sohne. Ambrogio führte sie zu der schönen Frau, die in einiger Entfernung herabgesehen war.

